Thorner Presse.

Bezugspreis:
für Thorn Stadt und Vorstädte: frei ins Haus vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 75 Pf., in der Geschäfts- und den Ausgabestellen vierteljährlich 1,80 Mk., monatlich 60 Pf; für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2,00 Mk. ohne Bestellgeld.
Ausgabe:
täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Katharinenstraße 1.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Anzeigenpreis:
die Petitspaltzeile oder deren Raum 15 Pf., für lokale Geschäfts- und Privat-Anzeigen 10 Pf. — Anzeigen werden angenommen in der Geschäftsstelle Thorn, Katharinenstraße 1, den Vermittelungsstellen „Invalidendank", Berlin, Haasenstein u. Vogler, Berlin und Königsberg, sowie von allen anderen Anzeigen-Vermittelungsstellen des In- und Auslandes.
Annahme der Anzeigen für die nächste Ausgabe der Zeitung bis 2 Uhr nachmittags.

Nro. 38. Freitag den 14. Februar 1902. XX. Jahrg.

Bündniß zwischen England und Japan.

Das Londoner Auswärtige Amt giebt ein zwischen England und Japan abgeschlossenes, vom Minister des Aeußern Marquis of Lansdowne und dem japanischen Gesandten in London Baron Hayashi am 30. Januar d. J. unterzeichnetes Abkommen bekannt, welches aus einer Einleitung und 6 Artikeln besteht. In demselben heißt es: Beide Regierungen, von dem Wunsche beseelt, den Status quo und den allgemeinen Frieden im fernen Osten, wie auch die Unabhängigkeit und Integrität von China und Korea aufrechtzuerhalten, sind über folgendes übereingekommen:

1. Maßregeln zu treffen, um ihre Interessen zu wahren, wenn diese durch ein agressives Vorgehen irgend einer anderen Macht, oder durch Unruhen in China und Korea bedroht sind und sich dadurch für einen der beiden vertragschließenden Theile die Nothwendigkeit ergiebt, zum Schutze seiner Staatsangehörigen zu interveniren;

2. Wenn einer der beiden Vertragschließenden in einen Krieg mit irgend einer anderen Macht verwickelt werden sollte, wird der andere Theil strenge Neutralität bewahren und sich bemühen zu verhindern, daß andere Mächte sich an den Feindseligkeiten gegen seinen Verbündeten betheiligen;

3. Wenn irgend eine Macht sich den Feindseligkeiten gegen diesen Verbündeten anschließt, wird die andere Partei ihm zu Hilfe eilen, den Krieg mit ihm gemeinsam führen und in wechselseitigem Einvernehmen Frieden schließen;

4. Die vertragschließenden Parteien kommen überein, daß keine von beiden, ohne die andere zu befragen, sich auf separate Abmachungen mit einer anderen Macht zum Schaden der oben bezeichneten Interessen einlassen wird;

5. Wenn immer die oben erwähnten Interessen gefährdet sind, werden die beiden Regierungen einander in umfassender und rückhaltloser Weise Mittheilungen machen;

6. Das Abkommen tritt sofort inkraft und bleibt fünf Jahre in Geltung; ist indessen einer der beiden Verbündeten in einen Krieg verwickelt, wenn der Zeitpunkt seines Erlöschens herankommt, so soll dasselbe in Geltung bleiben, bis der Friede geschlossen ist.

Der englische Minister des Auswärtigen Marquis of Lansdowne äußert sich über das mit Japan abgeschlossene Abkommen in einer Depesche an den britischen Gesandten in Tokio Macdonald wie folgt: Dieses Abkommen kann als das Ergebniß der Ereignisse der letzten zwei Jahre im fernen Osten betrachtet werden, wie auch des Antheils, den England und Japan an dem Vorgehen anläßlich derselben genommen haben. Während des ganzen Verlaufs der Unruhen und Verwickelungen in China, die auf den Ausbruch des Boxeraufstandes folgten, sind die beiden Mächte in engem und ununterbrochenem Verkehr gewesen und haben gleichartige Anschauungen bethätigt. Aus dem häufigen Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen und aus der Entdeckung, daß ihre Interessen im fernen Osten identisch sind, ergab sich, daß jede von beiden Seiten den Wunsch ausdrückte, daß die gemeinsame Politik ihren Ausdruck in einem internationalen Vertrage von bindender Kraft finden sollte. Die englische Regierung ist bei ihrem Entschlusse, diesen wichtigen Vertrag einzugehen, in hohem Maße durch die Ueberzeugung beeinflußt gewesen, daß derselbe keine Bestimmungen enthält, welche als Anzeichen aggressiver oder selbstsüchtiger Absichten in den Gegenden, auf welche er sich bezieht, betrachtet werden können. Derselbe ist lediglich als eine Vorsichtsmaßnahme abgeschlossen, an die man sich, falls sich die Gelegenheit ergeben sollte, in Vertheidigung wichtiger britischer Interessen zu halten hätte. Der Vertrag bedroht in keiner Weise die gegenwärtige Stellung oder berechtigte Interessen anderer Mächte. Im Gegentheil kann jener Theil des Abkommens, welcher für jede der vertragschließenden Parteien die Verbindlichkeit enthält, daß sie von der anderen Partei zum Beistand aufgefordert werden kann, nur wirksam werden, wenn einer der Verbündeten sich gezwungen sieht, in einen Krieg zu ziehen zur Vertheidigung von Interessen, welche beiden gemeinsam sind, ferner wenn die Umstände, unter welchen er diesen Schritt unternommen hat, derart sind, daß feststeht, daß er den Streit nicht gesucht, und wenn der Verbündete, der zur eigenen Vertheidigung in Kampf verwickelt ist, sich nicht durch eine einzelne Macht, sondern durch eine feindliche Koalition bedroht sieht.

Zu dem englisch-japanischen Abkommen bemerkt die „Daily Mail", dasselbe richte sich in erster Linie gegen Rußland. „Wir sind in der Lage", fährt das Blatt fort, aus unanfechtbarer Weise zu versichern, daß die Beziehungen zwischen England und Rußland infolge der russischen Politik in der Mandschurei in bedauerlicher Weise beeinträchtigt worden sind. „Morning Post" sagt, das Abkommen richte sich nicht gegen eine einzelne Macht, es biete aber Garantien gegen einen Druck, der durch Zusammenschlüsse von Mächten ausgeübt werden könnte, welche in letzter Zeit dahin trachteten, die Zersetzung Chinas zu beschleunigen. „Daily Telegraph" schreibt: In dem Vertrage ist nichts enthalten, was Japan daran hindern könnte, ein ganz gleiches Abkommen mit Rußland, Frankreich, Deutschland oder den Vereinigten Staaten zu schließen. „Standard" meint, das Abkommen bedeute einen Zweibund von außerordentlich bindendem Charakter. „Daily Chronicle" sagt, der Vertrag bezeichne eine Epoche der Weltgeschichte, denn dies sei das erste Bündniß zwischen einer westlichen Macht und der gelben Rasse.

Daß das Bündniß gegen Rußland gerichtet ist, kann keinem Zweifel unterliegen, wie es ja auch die „Daily Mail" mit rücksichtsloser Offenheit ausgesprochen hat. Das Abkommen zwischen England und Japan ist zunächst die Antwort auf die Politik Rußlands in der Mandschurei; es ist weiter eine neue Phase in dem großen Wettkampf zwischen Rußland und England um die Vormachtstellung in Asien. Vor allem aber bedeutet es eine reinliche Scheidung in der internationalen Kraftvertheilung, nicht nur in Ostasien, sondern auf dem allgemeinen Schauplatz der Weltpolitik. Gegen eine mögliche Koalition soll das englisch-japanische Bündniß eine Abwehr bilden; Rußland ist der wesentliche Faktor dieser Koalition, zu der zunächst Frankreich gehört. Die Stellung Deutschlands kann bei dem traditionellen Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland nicht zweifelhaft sein. Auch in unserer Weltpolitik bildet für uns die Rückendeckung an der Weichsel das entscheidende Moment.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

hat unter dem Vorsitze des Grafen von Mirbach-Sorquitten am Dienstag ihre diesjährige Generalversammlung abgehalten und zur Zolltarifvorlage Stellung genommen. Als Referent fungirte neben dem Vorsitzenden Reichstagsabgeordneter Dietrich. Es gelangten schließlich zwei von den Referenten vorgeschlagene Resolutionen zur Annahme, die sich gegenseitig ergänzten und ihre Befriedigung darüber ausdrückten, daß die verbündeten Regierungen zur nationalen Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck zurückgekehrt seien, daß die Zolltarifvorlage grundsätzlich als geeignetes Werkzeug, um in unseren Handelsbeziehungen zum Auslande den Grundsatz materieller Gegenseitigkeit zum Ausdruck zu bringen, erachtet werden könne, daß es aber befremde, daß die vorliegenden Zollvorschläge hinter den von den verbündeten Regierungen im Jahre 1887 beantragten Sätzen zurückbleiben und daß eine Vereinbarung des Bundesraths und des Reichstags über den Entwurf, der in seiner vorliegenden Fassung für die Landwirthschaft unannehmbar sei, zuversichtlich erwartet werden müsse. Graf von Mirbach verbreitete sich in seiner Rede, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, in seiner gewohnten klaren und erschöpfenden Weise speziell über den Kampf in der Zolltariffrage. Dabei erinnerte der konservative Führer an die Erfahrungen bei der Zolltarifdebatte in Frankreich. Dort sind trotz der verschiedensten politischen Richtungen alle Blätter für den unbedingten Schutz und die kraftvolle Erhaltung des Bauernstandes als der Wehrmauer für das Bestehen des Staates eingetreten. Wie ganz anders aber ist es bei uns! Mit Recht hat kürzlich, so hob Graf von Mirbach hervor, der Landwirthschaftsminister gesagt, es handle sich auf gegnerischer Seite nicht um einen wirthschaftlichen, sondern um einen politischen Kampf, um die Bethätigung des Hasses gegen das platte Land. Und was fordere man

---

Die Schwäne von Weidlingen.

Roman von Emmy von Borgstede.

(Nachdruck verboten.)

(36. Fortsetzung.)

Und in seinen alten, freundlichen, brüderlichen Ton übergehend, fährt der junge Offizier fort:

„Ich habe nicht gedacht, daß Sie Launen hätten wie andere Weiber, liebe Tante Ady. — Nun wollen Sie ihren Pflegesohn nicht mal ein bischen ansehen?"

Fräulein von Weidlingen schaut ihm in das ehrliche Gesicht mit einem Blick voller Weh und Pein, über ihre bebenden Lippen aber dringt kein Wort. Schweigend streckt sie ihm die Hand entgegen und umklammert seine Rechte wie im Todesangst.

„Heinz — ja — ja, ich vergaß! Er ist noch immer schwach und hinfällig. Ich darf sein junges Herz nicht belasten," kommt es endlich mühsam über Adeltrauts Lippen, „und meine arme, kleine Hertha — was liegt an mir, an mir —"

Der Hinweis auf das Glück der Geschwister, das ist der beste Weg zu des Mädchens selbstlosem Herzen, und Cornel weiß es wohl.

„Gewiß habe ich etwas übereilt gehandelt," beginnt Cornel abermals, „allein die Umstände entschuldigen mein Versprechen in Ihrem Namen. Das kranke Kind sorgte sich und litt schwer darunter, da durfte ich nicht zaudern. Sie nehmen also unser Anbieten an und bleiben in Schwanthal, nicht wahr?"

Das Mädchen nickt stumm.

„Nein, Tante Ady, nicht so, sagen Sie ja, dann bin ich Ihrer gewiß!"

„Ja, Cornel!"

„Jetzt bin ich zufrieden. Wollen Sie meinem Vater nicht selbst Ihren Entschluß mittheilen? Ich glaube, es würde ihn freuen!"

„Ich wäre dankbar, wenn Sie es mir abnehmen wollten, mein Freund."

„Nun, Tante Ady, ein freundliches Wort sollten Sie für meinen Vater übrig haben. Weshalb mögen Sie ihn, den besten der Menschen, eigentlich nicht leiden?"

„Onkel Cornel —"

„Uebrigens kommt mein Vater morgen oder übermorgen nebst einem Gast, um dessen Aufnahme in Schwanthal er Sie bitten will. Aus seinen Zeilen schließe ich, daß Ihnen das nähere bereits bekannt ist."

Vorläufig weiß ich noch nichts. Doch hängt dieser Besuch vielleicht mit Nataliens Brief zusammen, welchen zu lesen ich ganz vergessen habe."

„Möglich — und nun geben Sie mir nochmals die Hand und lassen Sie alle Gedanken an Mitleid und Erbarmen u.s.w. beiseite. Ich habe es gewollt, und mein Vater erfüllte meine Bitte, das ist es."

Adeltraut blickt dem jungen Offizier dankbar ins Auge. Sie schämt sich fast ihrer Regung von vorhin. Was kann dieser hochherzige Jüngling, was können diese Zwillinge dafür, daß sie leidenschaftliche Liebe für den Bankier empfindet und einen Augenblick den Traum gehegt, dieselbe könnte erwidert werden!

Wie können sie ahnen, daß es ihr Herz zerreißt, nun zu fühlen, daß nur allgemeine Menschenliebe, Mitleid mit der geängstigten, alleinstehenden Frau den Mann leitete!

„Ihr Vater mag kommen," sagt Adeltraut in ihrer alten, milden Art, „der neue Herr wird in Schwanthal willkommen sein!"

Nataliens Brief verfehlt seine Wirkung auf ihr Herz ebenfalls nicht. Sie empfindet keine Genugthuung, wohl aber bitteres Weh darüber, daß schon jetzt das rächende Schicksal Hans Ulrich in den Weg tritt.

Die Frau, um derentwillen er Heimat und Geschwister geopfert, zittert um das Leben eines Verbannten, der einer schmachvollen Gefangenschaft entfloh. Und die verleugnete Schwester ist es, an welche sie sich um Hilfe wendet.

Mit warmer Zärtlichkeit erwidert Adeltraut den tieftraurigen Brief der Schwägerin und beruhigt sie über des Bruders Sicherheit. —

Als Herr van der Straaten mit Sergei in Schwanthal eintrifft, geht Adeltraut ihnen bis zur Hausthür entgegen und heißt sie willkommen.

Vergebens wartet Floris auf den ersehnten liebevollen Blick aus den dunklen Augen des Mädchens. Es muß ein Traum gewesen sein, daß diese schimmernden Sterne einst zärtlich zu ihm aufgeschaut haben!

Es kommt wie Zorn über den sonst so ruhigen Mann beim Anblick des geliebten Weibes, das so ruhig und kühl da vor ihm steht und kaum einen Blick für ihn hat. Ist Adeltraut von Weidlingen wirklich nicht anders als die anderen alle? Lockt auch sie den Gimpel nur ins Garn, um ihn dann zappeln zu lassen?"

Herr van der Straaten richtet sich höher empor, seine Worte klingen fremd und eisighöflich. Nein, triumphiren soll sie wenigstens nicht über den alternden Mann, der den Traum eines Jünglings geträumt hat. Wie weh sie ihm gethan, soll sie nicht wissen.

Die Zimmer, in welche er geführt wird, sind mit der größten Sorgfalt ausgestattet. Floris erkennt Mobilien, die er sonst in Adeltrauts Wohnräumen wahrgenommen hat. Auch das reizt ihn zum Zorn. Wie kann das Mädchen ihn für so unzart und hart halten, daß er sie ihrer Lieblingsgegenstände berauben will! Nein, jemand, den man so verkennt, den man so falsch beurtheilen kann, liebt mann nicht, man empfindet nicht einmal eine einfache Freundschaft für denselben.

Er begiebt sich hastig hinab, er muß mit Adeltraut sprechen. Die Zwillinge kommen ihm jubeld entgegen und hängen sich an ihn. Heinz hoch aufgeschossen und hohläugig, Hertha pausbackig und rosig wie immer.

„Kommt Onkel Kornel auch?" fragen sie eifrig, wie aus einem Munde.

„Ihr seid meinem Sohn wohl sehr gut, wie?"

„Sehr," versichern die Kinder, „aber Dir auch, Onkel Floris."

Und dann sieht Hertha den Bruder vorwurfsvoll an und sagt leise:

„Heinz, wir sollen doch nicht Onkel und Du sagen!"

„Und warum nicht, kleine Maus?" fragt der Bankier erstaunt. „Ich höre es gern."

„Adeltraut hat es verboten. Sie sagt, es schickt sich nicht mehr, seit Du nicht mehr unser Gast, sondern unser Herr bist."

Herr van der Straaten zieht nervös an seinem glänzenden, dunklen Bart und beginnt eine Wanderung durch das Gemach.

Wie kann Fräulein von Weidlingen so niedrig denkend sein, selbst diese holden Kinder von ihm entfernen zu wollen! Er will eben den Wunsch aussprechen, sie zu sehen,

denn jetzt anderes, als was 1887 schon gefordert sei, damals aber an Windthorsts und des Zentrums Abstimmung gescheitert sei! Die Landwirthschaft habe viele Bürde auf sich genommen, ohne zum murren; er wolle nur an die kommunale Belastung der Provinzen erinnern. Unter jenem Zolloffiziosum habe die Landwirthschaft nur die Nachtheile, nur die allerschwerste Belastung erfahren. In großen treffenden Zügen schildert Referent die jüngsten Reichstagsverhandlungen über die Zolltariffrage und giebt unter einmüthiger lebhafter Zustimmung der Versammlung dem Danke für die riesige Arbeitsleistung des Grafen von Posadowsky-Wehner mit beredten Worten Ausdruck. Er erinnert an die klassische Widerlegung des Stichwortes vom „Brotwucher“ durch Geheimen Rath Professor Adolf Wagner auf der vorjährigen Tagung der Reformer, vergißt auch nicht der „Abfuhr“ des Abgeordneten Richter durch den Grafen Bülow und der Ausführungen des Professors Brentano. Von einem „imperativen“ Mandat in Sachen der Zolltarifvorlage kann — so schloß der konservative Führer seine eindrucksvollen Darlegungen — für einen gewissenhaften Abgeordneten gar keine Rede sein angesichts der Fülle des Materials, angesichts der nothwendigen Prüfung, der Pflicht zur Erreichung des möglichen. Nach eigenem Gewissen, aus der Pflicht der Ueberzeugung heraus werden die Vertreter der Landwirthschaft an die Lösung der schwierigen Aufgabe mit vollem Herzen, festen Nerven und klarem Blick herantreten.

Politische Tagesschau.

Der **Kaiser** fuhr am Mittwoch bei dem englischen Botschafter vor und hatte mit ihm eine Besprechung. Der „Nordd. Allgem. Ztg.“ zufolge empfing der Reichskanzler am Mittwoch den englischen Botschafter zu einer kurzen Besprechung. Man darf wohl annehmen, daß diese Besprechungen mit der **Burendebatte** im Abgeordnetenhause in Zusammenhang stehen.

Zu der Frage, wie sich **Deutschland** im Frühjahr 1898 zu dem Gedanken einer **Einmischung in den spanisch-amerikanischen Konflikt** gestellt hat, veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ jetzt die betr. Aktenstücke. Daraus geht unwiderleglich hervor, daß der englische Botschafter die Initiative zu einem Kollektivschritt ergriffen hatte dahingehend, daß die Mächte erklären sollten, daß ihnen eine bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten in der kubanischen Angelegenheit nicht gerechtfertigt erscheine. Der deutsche Botschafter von Holleben machte davon in einem Telegramm Mittheilung mit dem Bemerken: Ich persönlich stehe einer solchen Kundgebung ziemlich kühl gegenüber. Der Kaiser hat damals zu dem Schlußsatz des Botschafters folgende Randbemerkung gemacht: „Ich halte sie für gänzlich verfehlt, zwecklos und daher schädlich . . . . . Ich bin gegen diesen Schritt!“

Theodor **Roosevelt**, der Sohn des Präsident der Vereinigten Staaten, hat die letzte Nacht sehr gut verbracht; sein Befinden hat sich sehr gebessert. — Dienstag Abend fand im königlichen Schlosse in Berlin ein Diner statt, an dem Prinz Heinrich mit Gefolge, die nach Amerika fahrenden Herren, sowie der Reichskanzler, Botschafter White u. a. Mitglieder der amerikanischen Botschaft theilnahmen. Der Kaiser und der Botschafter geleiteten den Prinzen Heinrich, der nach Kiel abreiste, zum Bahnhof. Von einem Aufschub der Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika ist zurzeit keine Rede.

Deutsches Reich.

Berlin, 12. Februar 1902.

— **Kaiser Wilhelm** hat an den Prinzregenten Luitpold von Bayern, nach Meldung aus München, nachstehendes Dankschreiben gerichtet: Durchlauchtigster Fürst, freundlichst lieber Vetter und Bruder! Euere Königliche Hoheit haben Mich durch die überaus herzlichen Glückwünsche, welche Dieselben zugleich im Namen der königlich bayerischen Armee aus Anlaß des Tages an Mich richteten, an dem Ich vor 25 Jahren zum Dienst in die Armee eintrat, von ganzem Herzen erfreut. Mein eifriges Streben, die Armee auf der Höhe ihrer Aufgabe zu erhalten, findet durch die Worte Euerer Königlichen Hoheit eine Mich wahrhaft beglückende Anerkennung. Ich bin Mir aber wohl bewußt, welche wirksame Unterstützung und Förderung Ich hierbei jederzeit durch die hingebende, verständnißinnige Mitarbeit der deutschen Fürsten gefunden habe. Es ist Mir daher ein aufrichtig empfundenes Bedürfniß, Euerer Königlichen Hoheit dies mit meinem vom Herzen kommenden Dank für den neuen Beweis aufrichtiger Freundschaft und treuer Waffenbrüderschaft zum Ausdruck zu bringen. Das treue Zusammenstehen der deutschen Fürsten und das auf ruhmreichen Schlachtfeldern vergossene Blut hat unseres theueren Vaterlandes Einigkeit begründet, und hierin darf Ich auch in Zukunft die festeste Bürgschaft für seinen Glanz und seine Sicherheit erblicken. Ich verbleibe mit der Versicherung der vorzüglichen Hochachtung und freundschaftlichen Gesinnung Euerer Königlichen Hoheit freundwilliger Vetter und Bruder Wilhelm I. R. Potsdam, Stadtschloß, 9. Februar 1902.

— **Prinz Heinrich** stattete gestern dem Reichskanzler einen Besuch ab.

— Staatssekretär v. Tirpitz wird während der amerikanischen Reise vom Vizeadmiral Büchsel vertreten werden.

— Die Budgetkommission des Reichstags berieth heute über den Festungsbaufonds und strich dabei 3 960 000 Mk. Bewilligt wurden nur für den sogenannten großen Festungsbaufonds als letzte Rate 9 540 000 Mk., für den kleinen Festungsbaufonds, für Umgestaltung und Vervollkommnung der Vertheidigungsmittel 13. Rate 4 728 000 Mark und für Befestigung des Oberrheins 1 500 000 Mark. Bewilligt wurden ferner die Forderung für Festungsgelände in Posen 1. Rate 100 000 Mark. Im Laufe der Berathung fanden vertrauliche Verhandlungen über Entfestigungen einer großen Anzahl von Festungen und Umfang und Methode des Verkaufs der frei werdenden Grundstücke sowie über neue Befestungsanlagen zur Sicherung des Oberrheins statt. Es kann daraus nur mitgetheilt werden, daß die Militärverwaltung jede Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Schweiz nimmt, deren Neutralität man in jeder Weise achten und stärken will.

— Die Zolltarifkommission des Reichstages hat heute den Antrag auf Aufhebung der Oktrois trotz des Widerspruchs der Vertreter der verbündeten Regierungen mit großer Mehrheit angenommen. Zu erwähnen ist noch, daß Staatssekretär Frhr. v. Richthofen streng vertrauliche Mittheilungen hinsichtlich der kommenden Handelsverträge machte.

— Wie der „Kattowitzer Zeitung“ gemeldet wird, beabsichtigt der russische Eisenbahnfiskus, um die Einnahmen aus seinen Bahnen zu steigern, die Fahrpreise bei Kourier- und Eilzügen um 40 Prozent zu erhöhen.

Greiz, 11. Februar. Die „Greizer Ztg.“ schreibt: Die in auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht, daß hier in mehreren großen Weberfirmen ein Ausstand ausgebrochen sei, ist falsch. Nur in einer hiesigen mechanischen Weberei sind am Montag Arbeiter in den Ausstand getreten. Der Fabrikantenverein hat darauf eine Erklärung erlassen, daß sämmtliche Fabriken am Donnerstag früh gesperrt werden, wenn die Arbeit am Mittwoch Mittag nicht wieder aufgenommen wird. Heute haben vor dem Gewerbeeinigungsamt Verhandlungen stattgefunden, die morgen fortgesetzt werden sollen.

Hamburg, 11. Februar. Die „Hamburgische Börsenhalle“ meldet: Auf der von der Hamburg-Amerika-Linie und der deutschen Levante-Linie gemeinschaftlich betriebenen direkten Verbindung von Amerika nach der Levante hat am 7. d. Mts. der Levante-Dampfer „Seriphos“ die erste Reise von Newyork mit voller Ladung angetreten; ihm wird der Dampfer „Sicilia“ von der Hamburg-Amerika-Linie folgen.

Zur wirthschaftlichen Krisis.

Breslau, 12. Februar. Im dem Konkurse der „Rhederei vereinigter Schiffer“ fand heute vor dem Amtsgericht Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen statt. Vorläufig sind ungefähr 700 000 Mark anerkannt worden. Alle auf gefälschte Ladescheine gestützten Forderungen sind mit Rücksicht darauf, daß die Firma nicht vollständig auf diesen Ladescheinen verzeichnet ist, nämlich nur „Rhederei vereinigter Schiffer“, ohne den zur Firma gehörigen Zusatz „Aktiengesellschaft“ von dem Konkursverwalter einstweilen bestritten worden. Ein neuer Termin ist auf den 19. März angesetzt worden.

Paris, 12. Februar. Ueber die Bankfirma P. J. Gilbert in Paris wurde der Konkurs erklärt. Diese Firma hatte Filialen in Angers, Bordeaux, Brest 2c., zusammen in 12 Provinzstädten.

Ausland.

Newyork, 12. Februar. Die „Hohenzollern“ ist heute Mittag 12 Uhr bei Sandy Hook angekommen.

Provinzialnachrichten.

o **Briesen**, 12. Februar. (Feuer.) In vergangener Nacht brannte ein dem hiesigen Gastwirth und Mühlenbesitzer Krüger gehöriges Wohnhaus am Friedecksee ab.

Elbing, 12. Februar. (Zur Reichstagsnachwahl.) Die konservative Kandidatenfrage hat zwar noch nicht eine einmüthige Erledigung gefunden, indeß dürfte die größere Mehrheit der Konservativen und des Bundes der Landwirthe im Wahlkreise Elbing-Marienburg für die Kandidatur des Kammerherrn von Oldenburg-Jannischau sein. Am letzten Freitag hat sich nämlich in Marienburg der Vorstand des Kreisvereins des Bundes für die Kandidatur Oldenburg ausgesprochen und im Anschluß daran hat der Vorstand des Konservativen Vereins Marienburg der Kandidatur v. Oldenburg zugestimmt. In einer heute (Mittwoch) Vormittag in Elbing abgehaltenen Versammlung des Elbinger Kreisvereins des Bundes erklärten sich gleichfalls der Vorstand und die Vertrauensmänner des Bundes einstimmig für Aufstellung des Herrn von Oldenburg zum Reichstagskandidaten. Dagegen haben am Dienstag Abend in einer Sitzung des Elbinger Konservativen Vereins die anwesenden 56 Vertrauensmänner einstimmig die Kandidatur des Fürsten zu Dohna-Schlobitten zum Beschluß erhoben. Einstweilen bestehen also zwei konservative Kandidaturen im Wahlkreise Elbing-Marienburg. Hoffentlich läßt sich der Zwiespalt noch rechtzeitig beseitigen.

Schneidemühl, 11. Februar. (Amtsentsetzung.) Die Geschäftsführung bei der hiesigen gemeinsamen Ortskrankenkasse ist in der letzten Zeit eine so unordentliche gewesen, daß die Aufsichtsbehörde die sämmtlichen Bücher mit Beschlag belegen ließ. Zugleich wurde der langjährige Rendant Waldemar Anhut seines Amtes entsetzt.

Stettin, 9. Februar. (Nach Veruntreuung von 70 000 Mk.) ist der langjährige Kassirer R. Ziese der in Konkurs gerathenen hiesigen Bankfirma Scheller u. Degner Nachfl. in Untersuchungshaft genommen worden. Ziese, der über 20 Jahre bei der Firma beschäftigt war und das vollste Vertrauen seiner Vorgesetzten genoß, hat die Unterschlagungen seit 1894 verübt.

Lokalnachrichten.

Thorn, 13. Februar 1902.

— (**Brasilianischer Konsul.**) Der Subdirektor Dr. jur. Leo Laser in Königsberg i. Pr. ist zum Konsul von Brasilien ernannt worden und ihm das Reichsexequatur ertheilt.

— (**Revision.**) Die 2. Gemeindeschule wird heute und morgen durch den königl. Kreisschulinspektor Professor Dr. Witte einer Hauptrevision unterzogen.

— (**Personalien von der Post.**) Versetzt ist der Postassistent Hintz von Graudenz nach Thorn.

— (**Personalien aus dem Kreise Thorn.**) Der königl. Landrath hat die Verwaltung der Gemeindevorstehergeschäfte der Gemeinde Rentschkau bis auf weiteres dem Schöffen Jelinski zu Rentschkau übertragen.

— (**Auszeichnung.**) Die Rothe Kreuzmedaille 3. Klasse ist dem Krankenpfleger Gustav Lustig zu Mocker bei Thorn verliehen worden.

— (**Ueber die diesjährigen Herbstmanöver**) sind vom Kaiser jetzt nähere Bestimmungen getroffen worden. Nach denselben haben das dritte und fünfte Armeekorps in diesem Herbst Kaisermanöver. Dazu wird jedem der beiden Korps eine besondere Kavalleriedivision von drei Brigaden zugetheilt. An der dem 5. Korps zugetheilten Kavalleriedivision B. nehmen Theil das 1. und das 2. Leibhusarenregiment aus Langfuhr als Leibhusaren-Brigade und die reitende Abtheilung des westpreußischen Feldartillerie-Regiments Nr. 35. Die Leibhusarenbrigade ist deshalb von der Theilnahme an den Herbstmanövern des 17. Armeekorps entbunden. Ferner werden zu dem Kaisermanöver Proviantkolonnen gebildet, zu welchen neben dem ostpreußischen und dem pommer'schen auch das westpreußische Train-Bataillon Nr. 17 herangezogen werden soll. Beim 17. Armeekorps finden nur die gewöhnlichen Brigade- und Divisionsmanöver, von welchen die Truppen bis spätestens 30. September in die Garnisonen zurückgekehrt sein müssen, ferner Kavallerieübungen statt. Größere Pionierübungen werden in diesem Sommer nur auf dem Oberrhein sowie zwischen Elbe und Havel abgehalten.

— (**Eine große Garnisonübung**) zwischen der Graudenzer und Thorner Garnison findet nach einem Befehl der 35. Division am 21. und 22. d. Mts. in der Gegend von Kornatowo statt. Von den Truppen der hiesigen Garnison nehmen die Infanterieregimenter 21, 61, 176 und Ulanenregiment Nr. 4 theil, die in der Nacht vom 21. zum 22. Februar außerhalb der Garnison sein werden.

— (**Zu einer 14tägigen Uebung**) sind heute beim hiesigen Infanterieregiment Nr. 61 etwa 80 schifffahrttreibende Mannschaften der Reserve und Landwehr I. der Provinzialinfanterie, welche durch Sachsengängerei und zeitweises Verziehen von der Ableistung einer Uebung im vorigen Jahre befreit geblieben, eingezogen. Der Entlassungstag ist der 26. Februar.

— (**Die Thüren der Abtheil-Personenwagen und der D-Zugwagen**) erhalten auf Anordnung des Eisenbahnministers Thürverschlüsse mit „inneren“ Drückern, damit es den Reisenden ermöglicht wird, die Thüren selbst ohne Mühe von innen zu öffnen. Hierdurch wird auch vermieden, daß Reisende über das Ziel ihrer Reise hinausfahren, weil sie sich bei festgeklemmten oder zugefrorenen Fenstern den Schaffnern nicht rechtzeitig verständlich machen können. Namentlich wird auch die Abfertigung der Züge rascher erfolgen können, als es jetzt möglich ist. Die mit diesen Verschlüssen versehenen Thüren erhalten an der Innenseite die Aufschrift: „Nicht öffnen bevor der Zug hält, Thür schließen!“ Das Schließen der Thüren seitens der Reisenden, falls ihnen bei dem Ein- und Aussteigen andere Reisende nicht mehr folgen, ist deshalb dringend erwünscht, weil bei unterlassenem Schließen für Reisende wie für Beamte Gefahren entstehen, für diese besonders, wenn sie die Thüren in Bewegung befindlicher Wagen schließen müssen.

— (**Das königliche Oberverwaltungsgericht**) hat dahin Entscheidung getroffen, daß **Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung** in dem Falle ungiltig sind, wenn einem Wähler nicht gestattet wird, sich Notizen aus der offen gelegten Liste zu machen.

— (**Einkommensteuerberufungen.**) Die Verschweigung eines steuerpflichtigen Einkommens bei Berufungsschriften fällt ebenfalls unter die Strafvorschriften des § 66 des E.-Str.-Ges. vom 24. Juni 1891.

— (**Soiree Fly und Slade.**) Ueber das durch sein früheres Auftreten hierselbst noch im besten Andenken stehende Künstlerpaar Fly und Slade, das am kommenden Montag den 17. Februar im Artushof einen einmaligen hochinteressanten Unterhaltungsabend veranstaltet, entnehmen wir der „Vossischen Ztg.“ folgendes: Das Spiritistenpaar Fly und Slade gab gestern bei Krolls seine Antrittsvorstellung und erzielte bei dem erschienenen Publikum auch die beifälligste Aufnahme. „C'est le ton, qui fait la musique“ — dies Wort gilt allen derartigen Produktionen gegenüber, in denen es weit weniger auf die Sache selbst, als auf die Art und Weise, wie etwas geboten wird, ankommt. Und da muß man anerkennen, daß Fly und Slade es verstehen, dem Ganzen einen gewissen vornehmen und traulichen Charakter zu verleihen, so daß ihre gestrige Antrittsvisite in den eleganten Räumen föllig einer kleinen Privatsoiree im Freundeskreise glich. Die Art der Kunstfertigkeiten näher zu beschreiben, kann hier nicht unsere Sache sein; in der Form wie es gezeigt wurde, erregt es allgemeines und großes Interesse. Madame Slade, eine junge Dame von sympathischem Aeußern, erwies sich besonders als treffliche Künstlerin in der Gedankenübertragung und Gedankenleserei. Herr Fly excellirte mit seinen Leistungen. Es ist für einen Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts, der sich erhaben glaubt über die Märchen vom Uebernatürlichen und Uebersinnlichen, in der That sehr schwer, all das als Wirklichkeit hinzunehmen, was er da mit eigenen Augen sieht und mit eigenen Ohren hört; und so sehr er auch sich dagegen sträuben mag, er wird sich doch angesichts solcher Versuche die Frage vorlegen: hat der alte Dichter vielleicht recht, wenn er sagt: „Es giebt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde, als Eure Schulweisheit sich träumen läßt?“

— (**Schwurgericht.**) Die Beweisaufnahme vermochte die Geschworenen in der gestrigen Verhandlung von der Schuld des Angeklagten, Besitzers Teophil Zalewsk aus Czarnh-Brinsk nicht zu überzeugen. Die Schuldfrage wurde verneint, worauf die Freisprechung des Angeklagten und dessen sofortige Haftentlassung erfolgte.

Die auf heute Morgen 8 Uhr vertagte Strafsache gegen die Altsitzer Gottlieb und Anna geb. Talg-Flegel'schen Eheleute aus Schemlau endigte mit der Freisprechung der Angeklagten, da die Geschworenen die Schuldfragen nach dem Meineide und der Verleitung zum Meineide verneinten. Die Angeklagten wurden sofort aus der Haft entlassen.

Um ¼11 Uhr begann die Verhandlung gegen den Zahntechniker **Moritz Grün** von hier, deram 23. Oktober 1901 verhaftet wurde unter dem Verdacht, sich an dem Dienstmädchen Agnes Gehrke von hier, während diese sich in der Narkose befand, sittlich vergangen zu haben. Grün, jüdischer Religion, am 20. April 1859 in Zempelburg geboren, wegen Körperverletzung mit 20 Mk. und wegen unerlaubter Führung des Doktortitels (ohne den Zusatz dent. surg.) mit 3 Mk. vorbestraft, befindet sich seit dem 31. Oktober in Untersuchungshaft. Als Vorsitzender des Gerichtshofes fungirt Herr Landgerichtsrath Engel, Beisitzer sind die Herren Landrichter Woelfel und Landrichter Erdmann. Die Staatsanwaltschaft vertritt Herr Erster Staatsanwalt Zitzlaff. Als Geschworene wurden ausgelost die Herren: Obertelegraphenassistent Richard Schröder-Thorn, Rittergutsbesitzer Fischer-Lindenhof, Rittergutspächter Ernst Branzka-Gierkowo, Zimmermeister Gustav Schilling-Culm, Rentier Paul Sztuczko-Thorn, Besitzer Friedrich Horst-Borowno, Rittergutsbesitzer Edwin von Parpart-Gr.-Wibsch, Rittergutsbesitzer Arthur Probst-Chelst, Landwirth Kurt Reichel-Gottersfeld, Fabrikbesitzer Gustav Peters-Culm, Rittergutsbesitzer Ernst Arnthal-Baiersee und Gutsverwalter Klawitter-Birkeneck. Als Vertheidiger meldeten sich die Herren Justizrath Trommer und Rechtsanwalt Feilchenfeld. Als Zeugen waren geladen: Dienstmädchen Agnes Gehrke von hier (die Verletzte), Frau Kreisthierarzt Matzker-Thorn, Lehrling Isidor Klein-Thorn, Erster Bürgermeister Dr. Kersten-Thorn, Besitzerfrau Anna Büchle-Gr.-Rogau, Besitzer Hermann Trenkel und Besitzerfrau Marie Trenkel-Gr.-Rogau, Hilfsgerichtsdienerfrau Bertha Busse-Thorn, Rechtsanwalt Schlee-Thorn, Gerichtsassessor Wölk-Thorn, Landrichter Technau-Thorn; als Sachverständige Sanitätsrath Dr. Winselmann, Kreisarzt Dr. Steger, Sanitätsrath Dr. Wenscher, Hebeamme Anna Wichmann von hier, sowie Professor Dr. Baume, Professor Dr. Straßmann und Chemiker Christ-Berlin. Als Zeugen noch nachträglich die Herren Pommer, Gutfeld und Hirschfeld von hier. Eine der genannten Zeuginnen ist geladen, weil der Angeklagte sich an ihr in früherer Zeit in ähnlicher Weise als bei dem ihm heute zur Last gelegten Verbrechen vergangen haben soll. Der Fall ist seinerzeit nicht zur Anzeige gekommen und da jetzt Verjährung eingetreten ist, wird er nur als belastendes Moment in der Verhandlung angeführt werden. Nachdem der Eröffnungsbeschluß verlesen worden war, wurde auf Antrag des Ersten Staatsanwalts die Oeffentlichkeit während der Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

---

da tritt sie herein. Noch in der Wirthschaftsschürze, die Röthe des Herdfeuers auf den Wangen.

„Aber, Kinder, hier im Eßzimmer ist doch kein Aufenthalt für Herrn van der Straaten! Warum gingt ihr nicht in die Wohnstube?“

„Weil Gnädige bei Ihrer Instruktion dessen vermuthlich nicht Erwähnung gethan haben,“ sagt Floris herbe, ehe einer der Zwillinge antworten kann.

Adeltraut erschrickt bis ins Herz hinein, ihre Füße versagen ihr fast den Dienst. Was ist das für ein Ton, in dem er zu ihr spricht! Das ist die Art und Weise des Gebieters seinen Untergebenen gegenüber.

„Ich verstehe Sie nicht,“ bringt sie endlich mühsam hervor.

„Wirklich nicht? Ich glaube kaum, daß gnädiges Fräulein plötzlich so vergeßlich geworden sein sollten. Also, Onkel Floris ist keine passende Anrede mehr mir gegenüber? Weshalb mußten die Kinder überhaupt erfahren, daß Schwanthal mir gehört! Konnten sie nicht in dem Glauben bleiben, es sei alles beim alten?“

„Nein, das war unmöglich, Herr van der Straaten! Früher oder später mußten Heinz und Hertha es ja doch erfahren, warum also nicht nicht gleich? Die ganze Schwere des Verlustes empfinden ihre glücklichen Herzen zudem noch nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

— (Selbstmord.) Aus Kassel wird telegraphirt: Direktor Schmitz, bis vor kurzem Direktor der Zuckerfabrik Schönsee bei Thorn, der am Dienstag Nachmittag in Bettenhausen bei Kassel eingetroffen war, hat sich in dem Abort der Station Bettenhausen erschossen. Schmitz hatte 181 Mk. bei sich. Das Motiv zu der That ist noch unbekannt. Die „Danz. Ztg." bemerkt zu dieser Nachricht: Schmitz war erst 36 Jahre alt und erfreute sich in Westpreußen, speziell auch in Danzig, wo er oft in Fachangelegenheiten weilte, in weiten Kreisen wegen seines herzlichen, jovialen Wesens großer Beliebtheit. Sein trauriges Ende wird daher lebhafte Theilnahme erwecken. Herr Schmitz war vor einiger Zeit von einem Gehirnleiden ergriffen worden, was auch der Grund zu seinem Weggange aus der Provinz und offenbar die Veranlassung zu seinem jähen Ende geworden ist. In Bettenhausen befindet sich ein großes Landkrankenhaus. Wahrscheinlich hatte er die Absicht, dort Heilung von seinem Leiden zu suchen.

— (Ein Einbruchsdiebstahl) wurde vergangene Nacht in dem Eisenwaarengeschäft von C. B. Dietrich hier in der Breitestraße verübt. Der Einbrecher hat sich wahrscheinlich abends im Hause resp. Hofe einschließen lassen, hat dann mittels eines ca. 1 Mtr. langen Brecheisens, das man heut früh fand, die Gitterstäbe eines nach dem Hofe zu liegenden Kellerfensters ausgebrochen und ist in den Keller hinabgestiegen. Auf Kreuz- und Querwegen, wie sie nur einer mit der Oertlichkeit vertrauten Person bekannt sein können, ist der Dieb nach dem Laden gelangt, wo er das Schreibpult erbrach, in dem er jedoch nichts fand. Aus mehreren unverschlossenen Schüben hat der Einbrecher sodann 10—15 Revolver und ebensoviele Taschenmesser mitgenommen, und aus dem unteren Schaufenster eine Laterne. Ein Versuch, die Thür nach dem Kontor zu öffnen, ist dem Gauner nicht gelungen. Auf demselben Wege ist er wieder in den Hof gelangt, wo er gewartet hat, bis das Haus vom Wächter geöffnet wurde, um dann zu verschwinden.

— (Durch ein Versehen) beim Umbrechen des Satzes ist in der gestrigen Nummer ein Stück Provinzielles zwischen den Reichstagsbericht gerathen, was wir zu entschuldigen bitten.

— (Vom Holzmarkt.) Aus Warschau wird vom 9. Februar berichtet: Auf dem Holzmarkte herrschte weiterhin eine ruhige Stimmung. Das Angebot ist noch immer stark, während der Begehr schwach ist. Die Abschlüsse nehmen daher keine große Ausdehnung an. Für Balken, Timber und Sleeper kann man allerdings eine kleine Preissteigerung konstatiren. Der Verkehr in Bauhölzern ist aber bei weichenden Preisen minimal zu nennen und es ist auf eine Besserung vor der Hand keine Aussicht vorhanden, da die Bestände davon sehr bedeutend sind. Es wurden in der abgelaufenen Woche aus dem Weichselgebiet 20000 Kieferschwellen zu 2,30 Mk. pro Stück franko Danzig nach Preußen verladen.

— (Viehmarkt.) Auf dem heutigen Viehmarkte waren aufgetrieben: 161 Ferkel und 24 Schlachtschweine. Es wurden gezahlt 41—42 Mk. für fette Waare und — Mk. für magere Waare pro 50 Kilogramm Lebendgewicht.

— (Polizeiliches.) In polizeilichen Gewahrsam wurde 1 Person genommen.

— (Gefunden) zwei Schlüssel im Polizeibriefkasten. Näheres im Polizeisekretariat.

— (Von der Weichsel.) Wasserstand der Weichsel bei Thorn am 13. Februar früh 1,46 Mtr. über 0. — Eistreiben auf ⅓ Strombreite.

Aus Warschau wird telegraphisch gemeldet: Wasserstand heute 2,03 Mtr.

Podgorz, 12. Februar. (Verschiedenes.) Herr Unternehmer Wysocki, der an der Weichsel nach Steinen graben läßt, hat in einer Tiefe von etwa ⅔ Meter eine Urne mit 11 Stück Münzen, welche anscheinend echt goldene sind, gefunden. Auf den Münzen soll die Jahreszahl 1300 entziffert worden sein. — Eine Kreislehrerkonferenz fand hierselbst am Montag Nachmittag in der evangelischen Schule statt, zu dieser Konferenz war auch Herr Kreisschulinspektor Professor Dr. Witte-Thorn erschienen. Herr Lehrer Löhrke hielt einen Vortrag. — Der Argenauer Försterverein hält am Sonnabend den 1. März nachmittags, im Lokale des Herrn Meyer hierselbst eine Sitzung ab. (B. A.)

§§ Zlotterie, 12. Februar. (Fastnachtsvergnügen.) Der Lehrerverein des Drewenzwinkels hielt am Montag im Saale des Herrn Jatzeck sein Fastnachtsvergnügen ab, an dem zahlreiche Gäste theilnahmen. Herr Lehrer Schülke begrüßte als Vorsitzender des Vereins die erschienenen Gäste mit einer Ansprache, die mit dem vielgesungenen Bundesliede: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde" schloß. Sodann gelangte das einaktige Lustspiel: „Ein Toilettengeheimniß" oder „Du bist blaß, Luise?" von F. A. Sauer zur Aufführung, welches seine Wirkung auf die Lachlust der Zuhörer nicht verfehlte. Ferner wurde die humoristische Soloszene: „Ein fideler Junggeselle" und der vierstimmige Männerchor: „Das treue deutsche Herz" vorgetragen. Daran schloß sich ein heiteres „Sangeslust-Potpourri". Alsdann trat der Kappentanz in seine Rechte. Während der sogenannten Kaffeepause toastete Herr Pfarrer Ullmann-Grabowitz auf den deutschen Lehrerverein. Er schilderte in ergreifenden Worten den Lehrerstand als einen Arbeiterstand und erwähnte u. a., daß es die Herzen der Lehrer besonders erwärmt, wenn sie die wenigen fröhlichen Stunden, die ihnen bei ihrer sauren Arbeit beschieden sind, im Kreise ihrer Gemeindemitglieder feiern können, die durch ihr Erscheinen nicht nur das Wohlwollen gegen die Person des Lehrers bekunden, sondern auch die Liebe und das Interesse, welches sie diesem Arbeitsfelde, der Schule entgegenbringen, und diese Liebe und dieses Interesse spielen eine ganz bedeutende Rolle unter den Momenten, die dazu geeignet sind, auch die Liebe und Begeisterung der Lehrer für das Amt der Jugenderziehung zu heben und zu fördern. Die Heiterkeit erhöhten während der Kaffeepause die humoristischen Vorträge zweier Herren aus Gramtschen und einer Dame aus Neudorf. Nachdem auch auf die anwesenden Damen ein begeisterter Trinkspruch ausgeklungen, beschloß ein flotter Tanz, der bis in die früheste Morgenstunde dauerte, das schöne Fest, zu dem seitens des Vereins alles aufgeboten war, um den Gästen einen recht vergnügten und genußreichen Abend zu bereiten.

)(Aus dem Kreise Thorn, 12. Februar. (Wegeunterhaltung.) Der Kreisausschuß hat den Beschluß der Vertretung der Gemeinde Biskupitz, nach welchem dieselbe die Unterhaltung sämmtlicher öffentlicher Wege im Gemeindebezirk auf die Gemeinde übernommen hat, genehmigt.

Mannigfaltiges.

(Verurtheilung.) Das Schwurgericht zu Ratibor verurtheilte den Stadtkämmerer Karl Christian aus Sorau, der in den letzten vier Jahren als Rendant der städtischen Sparkasse 23,700 Mark unterschlagen und die Kassenbücher falsch geführt hatte, zu zwei Jahren Zuchthaus.

(Im Dienst verunglückt.) Der Lokomotivführer Scholz aus Liegnitz, der den Schnellzug Liegnitz-Görlitz führte, ist auf dem Bahnhof Kohlfurt verunglückt. Bei der Einfahrt in den Bahnhof lehnte er sich hinaus, schlug an eine Signalstange und wurde von der Lokomotive herabgeschleudert. Er war sofort todt.

(Von dem Verführer seiner Frau tödtlich verwundet) wurde am Montag Morgen in Hamburg ein Berliner Maurer namens Rudolph. Der Berliner Zimmermann Lehmann hatte die Frau und zwei Kinder Rudolphs entführt, um mit ihnen nach Amerika zu fahren. Sie wurden aber von Rudolph und dessen Schwager in der Passagierhalle einer Hamburger Dampfergesellschaft entdeckt. Es kam zu einem Streit, in dessen Verlauf Rudolph von Lehmann durch einen Messerstich tödtlich verletzt wurde. Lehmann wurde sofort verhaftet.

(Bei der Heimkehr von einem Karnevalsvergnügen) in Essen belästigte der Apotheker Gerksen aus Bismarck eine junge Dame, die von dem Kaufmann Götte zum Bahnhof gebracht wurde. Götte verbat sich dies und schoß dann mit einem Revolver auf Gerksen. Letzterer wurde durch einen Schuß in den Kopf sofort getödtet.

(Der Rosenmontag.) Aus Köln wird vom 10. Februar berichtet: Bei herrlichster Witterung entwickelte sich am heutigen Hauptkarnevalstage von früher Morgenstunde an ein ungemein reges Treiben, wenngleich der Fremdenzuzug nicht sehr bedeutend ist. Der große Rosenmontagsmaskenzug, dem Schiller und Goethe beim Karneval zur Grundidee dienten, entwickelte eine Reihe prächtigster charakteristischer Bilder.

(Zur Rettung des Brunnenbauers Thiele) im Oktober v. Js. hatte die Stadt Grimma die Summe von 1501,25 Mark aufgewendet, deren Zahlung sie jetzt von dem Brunnenbauer Thiele, Vater, als Unternehmer des Unglücksbaues verlangt. Dieser lehnt jedoch jede Zahlung ab und zwar mit dem Hinweis, daß er sofort nach Eintreffen des zur Rettung seines Sohnes herangezogenen Pionierkommandos sich gegen dessen Verwendung ausgesprochen habe. In seiner letzten Sitzung hat nun das Stadtverordnetenkollegium beschlossen, gegen Thiele, Vater, den es für zahlungsfähig ansieht, klagbar vorzugehen. Es geht dabei von der Erwägung aus, daß es Pflicht der Polizeiverwaltung von Grimma gewesen ist, alles aufzubieten, was zur schleunigen Rettung des Verschütteten erforderlich war, unbeschadet der daraus für den Verunglückten oder für dessen Verwandte erwachsenden Kosten.

(Ein schneidiger Pedell.) Am schwarzen Brett der Universität Würzburg ist folgender Anschlag zu lesen: „Den verehrlichen Damen, welche die öffentlichen Vorlesungen besuchen, wird bekannt gegeben, daß sie vor dem Eintritt in die Hörsäle ihre Hüte abzunehmen haben, widrigenfalls sie zu gewärtigen haben, daß sie ihnen gewaltsam abgenommen werden. Der Universitätspedell."

(Vermißter Eisenbahnbauinspektor.) Aus Koburg wird berichtet: Der Eisenbahnbauinspektor Oehlmann aus Königsberg i. Pr., welcher vor kurzem hierher versetzt wurde und hier auch eingetroffen war, ist seit einigen Tagen verschwunden. Da der Hut und Schirm des Vermißten an den Ufern der Itz aufgefunden wurden, vermuthet man, daß ihm ein Unglücksfall zugestoßen ist. Oehlmann war hier mit der Bauleitung des neuen Güterbahnhofes betraut.

(Einen furchtbaren Selbstmord) verübte in Lemberg der 26jährige Lehrer und Reserveoffizier Mrzyglod. Er trank zuerst eine Arseniklösung, die nicht sofort tödtlich wirkte, feuerte dann einen Schuß aus einem kleinkalibrigen Revolver auf seine Brust ab und erhängte sich an der Thürklinke. Seine Mutter fand ihn todt auf. Er hatte kurz vor der That ein den Tod verherrlichendes Gedicht geschrieben.

(Noch ein Bankkrach.) Robert, der Direktor der Société des Fers et Aciers in Paris hat Selbstmord begangen. Das Aktienkapital der Gesellschaft war successive bis auf 8 Millionen Franks erhöht worden. In den letzten drei Jahren bis 1900 wurden je 6 Prozent Dividende gezahlt. Neuerdings suchte die Gesellschaft durch Ausgabe von Obligationen neue Geldmittel zu beschaffen. Angeblich soll dies nicht geglückt sein. Per 1900/1901 wurde keine Dividende bezahlt. Die über 100 Franks lautenden Aktien stehen cirka 65 Franks.

(Ueber eine Million Abonnenten) haben jetzt zwei Pariser Blätter: „Petit Parisien" und „Petit Journal".

(Ein Felssturz) fand nach einem Telegramm aus Belgrad im Ovtschargebirge statt. 15 Personen, darunter der Bauunternehmer, wurden getödtet und mehrere Personen verletzt.

(Das heilige Wasser.) Ein bewährtes Rezept. Jussuf, der Sorbetverkäufer, hatte die arme Zuleika geheirathet, weil sie sanft schien wie ein Täubchen. Aber bald zeigte sich's, daß sie gern sich ihren eigenen Kopf aufsetzte und ihrem Manne bei jeder Gelegenheit widersprach. Weil er jedoch die Herrschaft im Hause sich nicht wollte schmälern lassen, kam es schließlich jeden Tag zu heftigem Streite und Schlägen für die junge Frau. Dann lief Jussuf im Zorn in die Hafenschenke und betrank sich dort trotz Koran und Muhammed. Kehrte er dann aber noch gereizter zurück, so schimpfte Zuleika neuerdings; er polterte, sie wollte das letzte Wort haben, und der Schluß war, daß er sie abermals prügelte. In ihrer Trostlosigkeit klagte die junge Frau endlich ihren Kummer einem weisen Derwisch, welcher außen vor der Stadt einsam lebte. Dieser nickte, als er alles vernommen, mit dem Kopfe, begab sich hinter seine Hütte, schöpfte in eine Flasche Wasser aus seiner Zisterne, ging dann wieder zu seiner Besucherin, verlangte zwei Piaster für die Flüssigkeit und sprach: „Sieh, hier in dem Glase hast du etwas von dem heiligen Wasser Muhammeds: Jedesmal, wenn dein Mann wieder nach Hause kommt und zankt und poltert, nimm einen Schluck hiervon in den Mund und behalte es so lange darin, bis er ausgetobt hat. Hab' acht: das heilige Wasser wird ein Wunder wirken, denn du wirst keine Schläge mehr bekommen!" Ueberglücklich zahlte Zuleika, lief nach Hause und nahm, als bald nachher Jussuf fluchend heimkehrte, sofort heimlich einen Schluck des heiligen Wassers in den Mund. Wohl schalt er wie sonst, polterte und zankte, um sie zu reizen, auf sie ein, aber sie blieb steif und stumm. Und siehe da! Allmählich beruhigte sich sein Zorn, und er legte sich endlich hin und schlief. Das heilige Wasser hatte also wahrhaftig ein Wunder gewirkt: Zuleika bekam keine Schläge mehr! Und so wiederholte sich's noch oft — ja, nach und nach verlor sich Jussufs Zanksucht, und sie lebten wie Tauben. . . . Nachahmenswerth??

(Aus Dresden.) Schutzmann (zu einem in der Elbe Schwimmenden): „Da heerd awer doch schon alles auf! Wollen Se gefälligst machen, daß Se raus kommen! Wissen Se nich, daß hier's Baden verboden is?! „Awer ich thu' doch gar nich baden!" „So? Was dhun Se denn?" „Ich dhu' mir blos mei Läben nähm!"

(Anzüglich.) Sieh' doch diesen dummen Parvenü mit der riesigen Vorstecknadel! — Hm, für ein Pferd wär dies Hufeisen zu klein, aber für einen Esel paßt es!

Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. Februar. Im Abgeordnetenhause gab Staatssekretär Freiherr von Richthofen im Auftrage des Reichskanzlers die Antwort der britischen Regierung bezüglich des Burenhilfsbundes wieder: Die humanen Bestrebungen des deutschen Burenhilfsbundes wisse die englische Regierung zu schätzen, sie bedaure jedoch, die Entsendung einer Hilfs- und Sanitätsexpedition nach den Konzentrationslagern nicht gestatten zu können, weil solche Erlaubniß sowohl England sowie dem Auslande mehrfach abgeschlagen worden sei. Ebenso bedaure sie, finanzielle Hilfe für die Konzentrationslager nicht befürworten zu können, da dieselbe ohne Nutzen sein würde. Lebensmittel, Kleidungsstücke u. s. w. würden dagegen annehmbar sein.

Berlin, 13. Februar. „W. T. B." meldet aus Washington vom 12. Februar: Der Sohn des Präsidenten Roosevelt befindet sich erheblich besser, die Gefahr scheint vorüber zu sein.

Berlin, 13. Februar. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß bei der Prüfung des Nachtragsmaterials zur Wahl des Abgeordneten Sieg-Marienwerder III. nochmals weitere Beweiserhebung beim Reichstag zu beantragen.

Bremen, 13. Februar. Der „Weserztg." zufolge wird Prinz Heinrich am Sonnabend gegen 1 Uhr mittags von Kiel hier eintreffen und nach Ankunft seines Gefolges von Berlin gegen 2 Uhr nachmittags mittels Sonderzuges nach Bremerhaven weiterfahren. Dort begiebt sich der Prinz sofort an Bord des Schnelldampfers „Kronprinz Wilhelm", der um 4 Uhr die Rhede verläßt.

Außig, 13. Februar. Gestern Abend gegen 11 Uhr entgleiste ein von Teplitz nach Außig verkehrender Personenzug der Außig-Teplitzer Bahn. Der Lokomotivführer ist todt, der Heizer schwer verwundet und einige andere Personen sind leicht verwundet.

Paris, 12. Februar. Sämmtliche Blätter messen dem englisch-japanischen Vertrage große Bedeutung bei. „Journal des Debats" findet, daß Japan keinen besonderen Grund habe, von dem eben abgeschlossenen Vertrage sehr entzückt zu sein; es sei nicht sehr wahrscheinlich, daß der casus foederis jemals zugunsten Japans eintrete. „Patrie" sagt, der englisch-japanische Vertrag sei direkt gegen Rußland und auch gegen Frankreich gerichtet, dessen Interessen in Indochina jetzt von Engländern und Japanern bedroht würden.

London, 12. Februar. Ueber das englisch-japanische Abkommen sagen die „Times": Dies ist eine Politik, welche niemanden bedroht und welche in der That Grundsätze verkörpert, zu welchen alle Großmächte sich feierlich verpflichtet haben. Das deutsch-englische Abkommen beruht, obgleich es von beschränkterem Wirkungsbereich ist, auf denselben Grundprinzipien.

Warschau, 12. Februar. Gestern trafen hier die Vertreter von 16 tschechischen Fabriketablissements ein, um mit jenen Firmen, welche sich an der deutschfeindlichen Bewegung betheiligen, Geschäftsverbindungen anzuknüpfen. In Warschau werden sich die Tschechen vier Tage aufhalten und hierauf die Reise nach Kiew, Odessa, Lemberg und Krakau zu demselben Zwecke fortsetzen.

Petersburg, 12. Februar. Erzherzog Franz Ferdinand ist über Warschau abgereist.

Newyork, 12. Februar. Nach einer Meldung der „World" aus Washington sind die Verhandlungen des englisch-japanischen Vertrages mit Wissen und Zustimmung der Vereinigten Staaten geführt worden, deren einziges Interesse sei, in China für kommerzielle Zwecke die Thür offen zu halten.

Peking, 12. Februar. Der englisch-japanische Bündnißvertrag war den hiesigen fremden Diplomaten eine völlige Ueberraschung. Unter den hiesigen Diplomaten herrscht kein Zweifel darüber, daß durch den Bündnißvertrag thatsächlich ein Veto gegen die Unterzeichnung des russisch-chinesischen Vertrages betreffend die Mandschurei eingelegt wird.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Wartmann in Thorn.

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	13. Febr.	12. Febr.
Tend. Fondsbörse: —.		
Russische Banknoten p. Kassa	216-25	216-20
Warschau 8 Tage	216-00	215-00
Oesterreichische Banknoten .	85-30	85-35
Preußische Konsols 3 % . .	91-40	91-60
Preußische Konsols 3½ % .	101-80	101-90
Preußische Konsols 3½ % .	101-25	101-80
Deutsche Reichsanleihe 3% .	91-60	91-80
Deutsche Reichsanleihe 3½ %	101 90	102 00
Westpr. Pfandbr. 3% neul. II.	89 00	89 00
Westpr. Pfandbr. 3½ % „ „	98-30	98 40
Posener Pfandbriefe 3½ % .	98-80	98 90
„ „ 4% . .	102-80	103 00
Polnische Pfandbriefe 4½ %	98-20	98-75
Türk. 1% Anleihe C . . .	28-30	28 35
Italienische Rente 4% . .	101-10	101-20
Rumän. Rente v. 1894 4% .	85 00	85-00
Diskon. Kommandit-Antheile	195-60	195-10
Gr. Berliner-Straßenb.-Akt.	213-25	214-00
Harpener Bergw.-Aktien . .	169-60	169-90
Laurahütte-Aktien	209-90	208-80
Nordd. Kreditanstalt-Aktien .	—	—
Thorner Stadtanleihe 3½ %	—	—
Weizen: Loko in Newy. März .	Feiertag	88¼
Spiritus: 70er loko	34-30	34-00
Weizen Mai	170-25	170-50
„ Juli	170-00	170-50
„ August	—	—
Roggen Mai	148-25	148-25
„ Juli	—	148-25
„ August	—	—

Bank-Diskont 3 pCt., Lombardzinsfuß 4 pCt. Privat-Diskont 1⅞ pCt., London. Diskont 3 pCt.

Berlin, 13. Februar. (Spiritusbericht.) 70er 34,30 Mk. Umsatz 8000 Liter, 50er loko —,— Mk. Umsatz — Liter.

Königsberg, 13. Februar. (Getreidemarkt.) Zufuhr 36 inländische, 92 russische Waggons.

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom Donnerstag den 13. Februar, früh 7 Uhr. Lufttemperatur: + 4 Grad Cels. Wetter: bewölkt. Wind: Südost.

Vom 12. mittags bis 13. mittags höchste Temperatur + 1 Grad Cels., niedrigste — 4 Grad Celsius.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Nachstehende

„Polizei-Verordnung

betreffend

die **Ausübung des Frisir-, Barbier- und Haarschneidegewerbes.**

Auf Grund der §§ 6 ad f, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 verordne ich unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Marienwerder:

§ 1. In den Frisir-, Barbier- und Haarschneidestuben, sowie bei Ausübung des Frisir-, Barbier- und Haarschneidegeschäfts überhaupt muß peinliche Sauberkeit obwalten.

Frisir-, Barbier- und Haarschneidestuben dürfen als Schlafstellen nicht benutzt werden. Hunde und Katzen dürfen in denselben nicht geduldet werden.

§ 2. Personen, welche an einer Haut- oder Haarkrankheit oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen das Gewerbe des Frisirens, Barbierens oder Haarschneidens nicht ausüben.

§ 3. Das Frisiren, Barbieren und Haarschneiden darf nur mit reinen Händen vorgenommen werden.

In jeder Frisir- oder Barbierstube ist für ausreichende für das Personal bestimmte Waschgelegenheit zu sorgen, derart, daß dasselbe sich zu jeder Zeit die Hände mit Seife in reinem, noch unbenutzten Wasser waschen und an einem noch gehörig sauberen und trockenen Handtuch abtrocknen kann.

§ 4. Alle bei dem Frisiren, Barbieren oder Haarschneiden zur Verwendung kommenden Tücher, Frisirmäntel, Unterlagen, Schutzstoffe und dergleichen müssen gehörig trocken und sauber, jedenfalls ohne sichtbare Schmutzflecken sein.

Aus Papier bestehende Schutzstoffe rc. sind nach einmaliger Benutzung zu vernichten.

Sessel, an die der Kopf gelehnt werden soll, sind vorher mit einem Schutzstoffe zu bedecken.

§ 5. Scheeren, Kämme, Rasirmesser, Bürsten, Pinsel und alle sonstigen Frisir-, Barbier- und Haarschneidegeräthe sind nach jeder Benutzung sofort gehörig zu reinigen, und zwar mit Ausnahme von Bürsten durch Abwaschen mit Seifenlauge.

Die gemeinsame Benutzung von Schnurrbartbinden, Puderquasten und Schwämmen ist verboten.

Wattebäusche und Blutstillungsmittel sind nach dem Gebrauche zu vernichten.

§ 6. Personen, welche an einer Haar- oder Hautkrankheit des Kopfes, an Ungeziefer oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen in den Frisir-, Barbier- oder Haarschneidestuben nicht bedient werden.

Tücher und Geräthe, welche bei der Bedienung solcher Personen außerhalb dieser Geschäftsstuben verwendet sind, müssen, bevor sie wieder in Gebrauch genommen werden, in starker, warmer Seifenlauge gründlich gewaschen oder durchgekocht werden.

§ 7. Ein Exemplar dieser Polizei-Verordnung in Größe von einem halben Bogen Reichsformat ist leicht lesbar und bemerkbar in jeder Frisir-, Barbier- oder Haarschneidestube anzubringen.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung seitens solcher Personen, welche das Frisir-, Barbier- und Haarschneidegewerbe betreiben, oder in demselben beschäftigt sind, werden, soweit nicht anderweitig bestimmte höhere Strafen inbetracht kommen, mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 9. Diese Polizei-Verordnung tritt mit dem 1. April 1902 in kraft. Die denselben Gegenstand betreffende Polizei-Verordnung für die Städte Schwetz und Neuenburg vom 28. Februar 1901 wird aufgehoben.

Marienwerder den 16. Januar 1902.

Der Regierungs-Präsident.

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Thorn den 12. Februar 1902.

Die Polizeiverwaltung.

Hierzu Beilage.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.

Beilage zu Nr. 38 der „Thorner Presse"

Freitag den 14. Februar 1902.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 12. Februar, 11 Uhr.

Der Antrag auf Genehmigung der Vernehmung des Abg. v. Nikisch-Rosenegk (kons.) als Zeuge vor der Strafkammer zu Liegnitz in der Strafsache gegen den früheren Direktor der Liegnitzer Genossenschaftsmolkerei Würffel wird, nachdem Abgg. Gamp (freik.) und Kirsch (Ztr.) dem Antrage widersprochen, zur nochmaligen Berathung an die Geschäftsordnungskommission zurückverwiesen.

Die Gesetzentwürfe betr. die Landesbank in Wiesbaden und betr. die Landeskreditkasse in Kassel werden in dritter Lesung endgiltig angenommen.

Es folgt die Berathung des Etats des Finanzministeriums.

Beim Titel „Ministergehalt" erwidert Finanzminister v. Rheinbaben auf Beschwerden des Abg. Vorster (freik.), die Bekanntgabe der Ergebnisse der Steuerveranlagung sei nicht zu vermeiden. Eine gesetzliche Bestimmung, wodurch diese Möglichkeit wesentlich eingeschränkt worden wäre, habe das Haus seinerzeit abgelehnt. Sollte eine Meinungsänderung inzwischen eingetreten sein, so müßte das zunächst festgestellt werden. Auf eine Anregung des Abg. Dr. Friedberg (natlib.) bemerkt der Minister, daß sich die Regierung die Beförderung der Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen, die einen sehr anstrengenden Dienst haben, angelegen sein lasse.

Abgg. Schmitz (Ztr.) und v. Plettenberg-Mehrum (kons.) wünschen Ermöglichung einer öffentlichen Kontrole der richtigen Abgrenzung der Wählerabtheilungen.

Bei dem Titel „Besoldungen" erwidert der Minister auf eine Anfrage des Abg. Dr. Friedberg (natlib.), daß die Stellung des neu in den Etat eingestellten Wohnungsinspektors versuchsweise zunächst für einen Regierungsbezirk eingerichtet sei. Er halte die Funktionen dieses Beamten für sehr nützlich; sie liegen auf einem Gebiete, wo Regierung und Kommunen zusammen gehen könnten.

Nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abgg. v. Savigny (Ztr.), Frhr. v. Zedlitz (freik.), Winckler (kons.) und v. Eynern (natlib.), sowie Minister v. Rheinbaben betheiligen, wird der betreffende Titel an die Budgetkommission zur nochmaligen Berathung zurückverwiesen, weil man den provisorischen Charakter der Stellung des Wohnungsinspektors deutlicher ausgedrückt zu sehen wünscht.

Bei der Position: Dispositionsfonds der Oberpräsidenten in den gemischtsprachlichen Landestheilen zur Befestigung des Deutschthums 1000000 Mk. bekämpft Abg. Chlapowski (Pole) den Fond im allgemeinen, insbesondere den erhöhten Fond für die Provinzen Posen und Westpreußen. Es handle sich hier nicht um einen Fond zur Stärkung des Deutschthums, sondern zur Unterdrückung des Polenthums. Was der Ministerpräsident früher gesagt habe von der Unterdrückung des Deutschthums durch die Polen sei nicht richtig. Die Polen befänden sich in der Abwehr, der Martinowskiverein sei kein politischer, sondern ein Hilfsverein. Von der Regierung werde das Deutschthum gegen die polnische Bevölkerung aufgehetzt. Wir wollen von der Regierung keine Gnade, sondern Gerechtigkeit. Wir können nicht dulden, daß auf Kosten der Allgemeinheit Staatsschmarotzer großgezogen werden. (Lachen rechts.) Wir werden nicht verzagen, sondern vertrauen auf Gott und uns selbst. An diesem Granit wird so mancher seinen Kopf zerschellen. (Lachen.)

Minister Frhr. v. Rheinbaben: Alle Daten, die der Herr Ministerpräsident über die Zunahme der polnischen Agitation hier eingetragen hat, beruhen auf zuverlässigem amtlichen Material. Wenn der Vorredner bestreitet, daß das Polenthum zugenommen habe, so würde ich glücklich sein, wenn das wahr wäre. Leider ist aber für jeden, der die Verhältnisse kennt, das Gegentheil wahr, thatsächlich ist der Marcinkowskiverein lediglich zur Unterstützung der polnischen Propaganda geschaffen. Ich will eine Polendebatte nicht wieder aufrollen, muß aber einige beleidigende Unterstellungen zurückweisen, die der Vorredner auszusprechen für zulässig erachtet hat. Ich muß die Behauptung zurückweisen, als ob der Minister gegen die polnische Bevölkerung agitire, als ob der hier geforderte Fond dazu da wäre, eine Bevölkerungsklasse gegen die andere aufzureizen. Nichts von alledem ist der Fall. (Widerspruch bei den Polen.) Wir wollen die Deutschen auf die Schanzen rufen, d. h. zur Vertheidigung, aber nicht zum Angriff. (Widerspruch bei den Polen.) Im übrigen verzichte ich auf eine neue Polendebatte, ich glaube auch das Haus hat die Sache satt. Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen Thaten sehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Strombeck (Ztr.) hat Bedenken gegen den Dispositionsfonds, der zu allen möglichen Zwecken verwendet werden könne, die das Haus zu kontroliren nicht in der Lage sei. Redner wünscht verschiedene Auskünfte.

Minister Frhr. v. Rheinbaben: Die Frage, ob Beamte aus dem Dispositionsfond Remunerationen beziehen, kann ich gleich verneinen. Eine Verpflichtung zur Rechnunglegung in diesem Hause liegt nicht vor, weil es kein Zentralfond ist. Der Fond dient zur Stärkung des Deutschthums und wird von den Oberpräsidenten sachgemäß verwendet. (Beifall.)

Nachdem noch Abgg. Glembocki (Pole) und Goldschmidt (freis. Vp.) letzterer aus etatsrechtlichen Gründen, gegen den Titel gesprochen, wird dieser, sowie der Rest des Etats genehmigt.

Inzwischen hatte sich — es war 1/4 4 Uhr geworden — das Haus gefüllt, auch auf den Tribünen wurde es in Erwartung der nunmehr folgenden Burendebatten lebhaft. Es folgte der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, zu dessen Vertretung der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen erschienen war. Unter allgemeiner Spannung nahm sofort Freiherr v. Richthofen das Wort zu folgender Erklärung: Daß die Staatsregierung am Sonnabend bei Berathung des Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, bei welcher Gelegenheit die Frage nach dem Schicksal einer Eingabe des Burenhilfsfonds an den Reichskanzler aufgeworfen wurde, nicht vertreten gewesen ist, beruht auf einem Irrthum. Es war allerdings dem Herrn Ministerpräsidenten die Mittheilung gemacht worden, daß die Angelegenheit hier zur Sprache kommen werde, und ich bin mit der Beantwortung einer diesbezüglichen Anfrage betraut worden. Ich habe aber nicht angenommen, daß die Angelegenheit beim Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zur Sprache kommen werde, und ich war zu diesem Irrthum verleitet durch den Brauch dieses Hauses, das dieser Etat in der Regel debattelos erledigt. Ich bitte wegen dieses Irrthums um Entschuldigung und bin gern bereit Auskunft zu ertheilen. Die Bitte des Abg. Lückhoff ging, soweit ich ihn verstanden habe, dahin, daß seitens der Reichsregierung der Burenhilfsverein in der Richtung unterstützt werde, daß Waaren, die er versenden will, möglichst fracht- und zollfrei sicher in die Konzentrationslager gelangen. Ein solcher Antrag liegt seitens des Burenhilfsbundes im auswärtigen Amt nicht vor. Der Burenhilfsbund hat sich an ihre Majestät die Kaiserin gewendet mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß einer Sanitätsexpedition des Burenhilfsbundes die Möglichkeit gewährt werde, bis zu den Konzentrationslagern heranzukommen. Gleichzeitig hat der Burenhilfsbund dem Reichskanzler hiervon Mittheilung gemacht und ihn um Unterstützung gebeten. Daraufhin ist unserm Botschafter in London sofort die telegraphische Weisung gegeben worden, das Ersuchen der englischen Regierung vorzulegen, es zu befürworten und besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die Angelegenheit des Burenhilfsfonds keine politische, sondern eine rein sanitäre ist und daß dieses Gesuch mit tausenden von Unterschriften aus allen Gesellschaftskreisen Deutschlands unterstützt werde. Gleichzeitig habe ich mich mit dem hiesigen englischen Botschafter in Verbindung gesetzt und die Angelegenheit bei ihm in mündlicher Aussprache unterstützt. Ich habe hinzugefügt, daß ein Eingehen auf diesen Antrag nicht nur im Interesse der Burenfamilien sondern auch im Interesse einer Verbesserung der öffentlichen Meinung zwischen Deutschland und England liegt. Wie mir nun gestern mitgetheilt worden ist, ist die Angelegenheit zurzeit dem Londoner Kriegsamt unterbreitet worden, die Entscheidung steht noch aus. Ich bin nicht imstande, die Entscheidung des Kriegsamts vorherzusagen. Ich glaube aber, es ist von uns alles geschehen, was geschehen konnte, um auf möglichste Erfüllung dieses Wunsches zu rechnen. Auch fernerhin wird das auswärtige Amt bestrebt sein, diesen Wünschen Erfüllung zu geben.

Abg. Lückhoff (freikons.). Ich bin über die Auskunft des Herrn Staatssekretärs sehr erfreut. Ich habe der Erklärung mit gemischten Gefühlen zugehört, mit dem Gefühl des Dankes, daß das auswärtige Amt alles gethan hat, was geschehen konnte, aber auch mit dem Gefühl des Bedauerns darüber, daß heute noch keine Entscheidung mitgetheilt werden konnte. Ich glaube, daß es richtig ist, wenn wir heute nicht mehr auf die Sache eingehen und den Etat absetzen, um, wenn die Entscheidung eingeht, dem Staatssekretär Gelegenheit zu geben, uns dies bei seinem Etat mitzutheilen.

Das Haus beschließt demgemäß, erledigt weitere Etats debattelos und vertagt sich sodann auf Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Etat der Bergverwaltung. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

140. Sitzung vom 12. Februar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch Dr. Nieberding.

Bei schwachem Besuch wird heute die zweite Lesung des Justizetats fortgesetzt.

Abg. Lenzmann (freis. Vp.): In der buntscheckigen Debatte der letzten Tage sind manche Redewendungen gefallen, die die Frage berechtigt erscheinen lassen, ob wir denn hier in der Karnevalszeit in Cöln an der Spree oder in Cöln am Rhein leben. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß nunmehr, nachdem der Aschermittwoch herangekommen ist und auch im Zirkus Busch die üblichen Leistungen geboten sind, die Erörterung auf ein anderes Niveau kommen werde. Was die Forderung des Kollegen Bayer betrifft, so meine ich, der Anwaltsverein wird jede Unterstützung des Reichs zu seiner Pensionskasse dankend ablehnen. Wir wollen unsere Taschen nicht auf Kosten der Allgemeinheit füllen wie die Agrarier, die jetzt im Zirkus Busch zur Durchführung ihrer Brotwucherpolitik Gottes Hilfe anriefen, als wäre Gott nur der Gott derer, die die Frucht des Feldes vertheuern wollen, und nicht der Gott aller Menschen wie die Agrarier, die —

Präsident Graf Ballestrem: Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichsjustizamts. (Heiterkeit.)

Redner verbreitet sich über die Duellfrage und fährt dann fort: In einer Beziehung stimme ich freilich dem Redner der Linken nicht zu. Ich bin der Ansicht, daß in keinem Reichsamt so fleißig gearbeitet ist, wie im Reichsjustizamt. Freilich bedaure ich, daß sich der Staatssekretär oft mit der Kompetenzfrage herauszureden sucht. Ich tadle auch die Verallgemeinerungen, die sich die Sozialdemokraten leisten, um wieder einmal Anlaß zu Angriffen auf die Polizei und die Gerichte zu haben. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ja, meine Herren, ich erkenne unbedenklich an, was gut ist, obwohl ich mich doch einen entschiedenen, wenn Sie wollen, einen rothen Demokraten nennen kann. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Für die bedingte Begnadigung vermag ich mich nicht zu begeistern. Die bedingte Begnadigung führt zur Kabinetsjustiz. Lieber ist mir die bedingte Verurtheilung. Ich bedaure weiter, daß der Staatssekretär gegen die Verwandlung der Gefängnißstrafe in Prügelstrafe durch den Fürsten von Reuß nicht meint einschreiten zu können. Die Prügelstrafe ist aber trotz der Bemühungen des Abg. Dr. Oertel gottlob noch nicht wieder eingeführt. Wenn nun der Fürst von Reuß —

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe schon früher erklärt, daß ich nichts dagegen habe, daß auch das Begnadigungsrecht hier im allgemeinen in den Bereich der Erörterungen gezogen wird. Einzelfälle sind jedoch von der Erörterung ausgeschlossen. Ich bemerke außerdem, daß der Fall, den Sie hier heranziehen, nicht offiziell feststeht, sondern nur durch Zeitungsnachrichten verbreitet ist.

Abg. Lenzmann (fortfahrend) empfiehlt die Reform des Strafgesetzbuchs sowie Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse, des groben Unfugsparagraphen und des Majestätsbeleidigungsparagraphen.

Staatssekretär Dr. Nieberding: So sehr ich Anlaß hätte, mich über Anerkennungen aus diesem Hause zu freuen, muß ich es doch ablehnen, auf Kosten anderer gelobt zu werden. Der Vorredner hat freilich mit einem kleinen Lob nur angefangen, um mit einem langen Sündenregister fortzufahren. (Sehr gut, rechts.) Ich meine bei der Behandlung von Initiativanträgen bekundet der Reichstag den Willen, eine bestimmte gesetzgeberische Arbeit zu leisten. Da wäre es nicht politisch richtig, wenn der andere Faktor der Gesetzgebung dieselbe Materie bearbeiten wollte, ohne das Ergebniß der Arbeiten des Reichstags abzuwarten.

Abg. Dr. v. Levetzow (kons.): Die Redner der Linken haben ihre Verwunderung ausgedrückt, daß meine politischen Freunde ihre Ansicht zum Fall Bredenbeck nicht kundgegeben haben. Zu ihrer Beruhigung will ich feststellen, daß auch meine Freunde der Ansicht sind, daß beklagenswerthe Mißgriffe einzelner Beamten in diesem Falle vorgekommen sind. Was das Duell betrifft, so ist es gewiß zu beklagen, daß sich diese Einrichtung noch erhalten hat. Wie aber Sünde und Gesetzesüberschreitung niemals ganz aus der Welt zu schaffen sind, weil die Menschen eben schwach sind, so wird sich auch das Duell nie ganz beseitigen lassen. Wir werden uns also immer darauf beschränken müssen, das Duell nach Möglichkeit einzuschränken.

Abg. Stadthagen (sozdem.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Oertel, (die meisten Abgeordneten verlassen den Saal) und meint u. a. je religiöser ein Kind ist, je mehr Neigung zeige es zu Verbrechen.

Abg. Gröber (Ztr.) begründet nochmals den Duellantrag des Zentrums und sucht die gegen diesen erhobenen Einwände zu widerlegen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.): Der Abg. Dr. Oertel hat uns gestern wieder einmal eine fulminante Prügelrede gehalten. Das hat uns aber die körperliche Züchtigung nicht sympathischer gemacht. Zu meiner Freude betritt Dr. Oertel endlich den Saal. (Abg. Dr. Oertel: Ich bin ja schon lange da!) Entschuldigen Sie, Sie haben ja heute Ihre weiße Weste nicht an, da habe ich Sie nicht gesehen. (Abg. Dr. Oertel knöpft den Rock auf und zeigt die weiße Weste, was das Haus unter stürmischer Heiterkeit beobachtet.) Dr. Oertel hat die Rede vom Sonnabend schon dreimal gehalten mit denselben Witzen und denselben Zitaten. Herr Oertel, der vorgestern im Zirkus Busch als gladiator moriturus aufgetreten ist, zeigt sich am Sonnabend als Zitatenjongleur. (Präsident Graf Ballestrem rügt diesen Ausdruck und droht mit schärferen Maßregeln.) Wo steht denn das Zitat vom Grillparzer?

Abg. Heim (sozdem.) wendet sich ebenfalls gegen Oertel und gegen die Prügelmanie.

An der Debatte betheiligen sich noch die Abgg. Raab (Antis.), Päus (sozdem.) und Kirsch (Ztr.). Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Oertel (kons.) wird der Titel Staatssekretär genehmigt.

Morgen 1 Uhr: Etat. — Schluß gegen 7 Uhr.

Provinzialnachrichten.

Königsberg, 11. Februar. (Verschiedenes.) Der Lektor der französischen Sprache an der Universität in Königsberg Dr. Ernst Scharff, ist nach Marburg berufen. — Von einem herben Geschick ist die Familie des Generaloberarztes Dr. Bobrik betroffen worden. Der zweitjüngste Sohn Benno, Kandidat der Medizin, leistete vor einiger Zeit im pathologischen Institut bei einer Leichenöffnung Hilfe, wobei er sich eine Vergiftung mit Leichengift zuzog. Wenige Stunden später zeigten sich bedrohliche Anschwellungen am Kopfe, und trotz aller ärztlichen Pflege ist der junge Mann, der erst vor einem Jahre sein Physikum bestand, nach qualvollem Leiden am Sonnabend verstorben. — Vor der hiesigen Strafkammer wurden gestern drei hiesige Gymnasiasten, Söhne angesehener Eltern, unter der Anklage des wiederholten schweren Diebstahls, des Hausfriedensbruchs, Hehlerei, Sachbeschädigung und Gefangenenbefreiung verurtheilt und zwar: der 17jährige Karl Ehlert zu 6 Monaten, der 16 Jahre alte Max Bultke zu 4 und der 15jährige Alfred Stadler zu 2 Monaten Gefängniß.

Insterburg, 8. Februar. (Ob sich die Menschen bessern?) Einer älteren Bestimmung gemäß findet seit vielen Jahren die erste Schwurgerichtssession hier im Monat Februar statt. In diesem Jahre hat das Landgericht aber einen diesbezüglichen Antrag bei dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten nicht einbringen können, da nur drei spruchreife Strafsachen zur Aburtheilung vorliegen.

Goldap, 5. Februar. (Vor Schmerz wahnsinnig geworden. Unglücksfall.) Die Mutter in Regellen, welche an einem Tage vier Kinder beerdigen mußte, die von der Scharlachepidemie dahingerafft waren, hat sich das Unglück so zu Herzen genommen, daß sie als geisteskrank in die Irrenanstalt Allenberg gebracht werden mußte. — Der Müllerlehrling Konrad in Matzutkehmen wollte den Treibriemen, welcher von der Welle gefallen war, wieder hinauf bringen und gerieth dabei in das Getriebe. Es wurden ihm beide Beine abgerissen. Er starb auf dem Transport zum Krankenhause.

Gnesen, 10. Februar. (Nachklänge zum Wreschener Schulprozeß.) Der Arzt Dr. Krzyzagorski aus Wreschen hatte sich wegen Beleidigung der Schulbehörde bezw. der Lehrer zu Wreschen vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. In dem ärztlichen Zeugnisse, das Dr. K. seinerzeit den gezüchteten Wreschener Schulkindern auf Ansuchen der Eltern ausgestellt hatte, sah die Schulbehörde eine Beleidigung des Lehrerkollegiums der Wreschener katholischen Schule und stellte Strafantrag. Der Staatsanwalt beantragte 100 Mk., der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung.

Schneidemühl, 4. Februar. (Zwei der Danziger Ein- und Ausbrecher) sind gestern in Lebehnke dingfest gemacht worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Verbrecher auch in unserer Stadt geweilt haben. Inwieweit sie nun an den Einbrüchen in der Umgegend (Filehne ꝛc.) betheiligt sind, wird sich wohl bald herausstellen.

Schneidemühl, 11. Februar. (Das Rittergut Rzadkowo), bisher dem Rittergutsbesitzer Grafen Arnold von Skorzewski gehörig, ist der „Schneidemühler Ztg." zufolge in der heutigen Zwangsversteigerung für das Meistgebot von 248000 Mk. in den Besitz des Rittergutsbesitzers Grafen Leon von Skorzewski auf Luboström, eines Onkels des bisherigen Eigenthümers, übergegangen. Bis auf 245000 Mk. bot der anwesende Vertreter der königl. Ansiedelungskommission mit. Etwa 150000 Mk. eingetragene Schulden fallen aus. Das Rittergut hat eine Größe von 560,10,91 Hektar, einen Grundsteuerreinertrag von 1015,18 Thalern und einen Gebäudesteuernutzungswerth von 2329 Mark.

Stettin, 11. Februar. (Hübsche Dividende.) Die Stettiner Portland-Zementfabrik in Züllchow wird nach dem Vorschlage des Aufsichtsraths für das Jahr 1901 eine Dividende von 16 Prozent (gegen 20 Prozent im Vorjahre) zur Vertheilung bringen.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung, 14. Februar. 1896 Uebertritt des Prinzen Boris von Bulgarien zur griechischen Kirche. 1891 † William Sherman, hervorragender amerikanischer General. 1880 Verlobung des deutschen Kaiserpaares zu Gotha. 1828 * Edmond About, französischer Schriftsteller. 1823 * Heinrich Rückert zu Coburg, Historiker und Germ. Sohn des Dichters Friedrich Rückert. 1814 Schlacht bei Etoges. 1779 James Cook, der Weltumsegler, erschlagen auf Hawaii. 1514 Niederlage der Dithmarschen bei Hartwarden. 1130 † Papst Honorius II. 1009 Der heilige Bruno von Querfurt, der Apostel der Preußen, erschlagen.

Thorn, 13. Februar 1902.

— (Stadtverordnetensitzung.) Gestern Nachmittag 3 Uhr fand eine Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums statt. Anwesend waren 27 Stadtverordnete. Den Vorsitz führte Herr Stadtverordnetenvorsteher Prof. Boethke. Am Tische des Magistrats die Herren Erster Bürgermeister Dr. Kersten, Stadtsyndikus Kelch, Stadtbaurath Colley, Oberförster Lüpkes und Stadträthe Kriwes, Dietrich und Matthes. Nach Eintritt in die Tagesordnung kamen zunächst die Vorlagen des Verwaltungsausschusses zur Berathung, für welche Stv. Hensel referirte. 1. Ueber die Erhebung der Gebühren auf dem städtischen Viehhof hat der Magistrat einen Pachtvertrag mit dem Gastwirth Gurski auf ein Jahr zu der Pachtsumme von 3400 Mk. abgeschlossen. Die Versammlung genehmigt den Pachtvertrag. — 2. Für den zum 1. April in den Ruhestand tretenden Stadtsekretär Wrzesniewski hat der Magistrat den Polizeiassistenten Herrn Sczepan zum Stadtsekretär und Vorsteher des Armenbureaus gewählt. Von der Wahl nimmt die Versammlung Kenntniß. — 3. Für den verstorbenen Nachtwächter Pretorius ist der Arbeiter Robert Engelmann als Nachtwächter angestellt. Auch hiervon wird Kenntniß genommen. Der Wittwe Pretorius werden 60 Mk. Gnadenquartal nachbewilligt. — 4. Mit der Uebertragung des Miethsvertrages über das Rathhausgewölbe Nr. 29 von der Firma Miehle auf den Brauereibesitzer v. Ruperti-Grubno erklärt sich die Versammlung einverstanden. Die Pacht läuft bis 1. April 1903, die Pacht beträgt 450 Mk. — 5. Verpachtung der Chausseegelderhebung auf der Culmer Chaussee. Im Verpachtungstermin waren Meistbietende Inspektor Fugh aus dem Thorner Kreise mit 5450 Mk. und Gastwirth Hinkelmann aus dem Culmer Kreise mit 5410 Mk. Der Magistrat wird über die beiden Bieter nähere Erkundigungen einziehen und nach dem Ausfall derselben ist der Zuschlag entweder dem ersten oder zweiten Bieter zu ertheilen. — 6. Verpachtung der Chausseegelderhebung auf der Bromberger Chaussee. Für diese Chaussee sind Meistbietende Frau Johanna von Preetzmann mit 2930 Mk. und Herr Kirschke aus dem Graudenzer Kreise mit 2910 Mk. Für die Zuschlagsertheilung wurde dem Magistrat die gleiche Ermächtigung wie bei der Culmer Chaussee ertheilt. Die Verpachtung erfolgt auf drei Jahre. — 7. Die Verpachtung der Erhebung des Marktstandgeldes an den bisherigen Pächter Kruczkowski, der im Termin Meistbietender geblieben, zu dem Pachtsatze von 8230 Mk. wird auf 3 Jahre genehmigt. — 8. Baumpflanzung am Wege zum Wasserübungsplatze seitens des Pionierbataillons Nr. 17. Die städtische Strecke des Weges ist mit Bäumen bepflanzt. Auf der übrigen Strecke ist die Grenze so schmal, daß die Bäume nicht in einem Abstand von zwei Metern vom Wegrande gepflanzt werden können. Die Stadt ist mit der Nichtinnehaltung dieser Vorschrift einverstanden, es soll darüber aber ein Vertrag geschlossen werden, damit nicht später vom Militärfiskus ein Anspruch auf das von den Bäumen überragte Terrain erhoben wird. — 9. Uebertragung des Hilfsförsteretablissements Ollek an den Hilfsförster Mollenhauer. Für den Hilfsförster M. findet sich keine Wohnung, weshalb die Uebertragung des freigewordenen Hilfsförsteretablissements Ollek an ihn erfolgen soll. Stv. Hellmoldt fragt, ob das widerruflich geschehen soll. Oberförster Lüpkes: Nach dem Etat hat Hilfsförster M. eine Dienstwohnung nicht zu beanspruchen, aber da das Hilfsförsteretablissement in Ollek jetzt verfügbar ist, soll dasselbe ihm überlassen werden. Selbstverständlich

geschehe das widerruflich. Stv. Kordes: Die Olleker Försterei, die seinerzeit zu groß und luxuriös gebaut worden, sei ausreichend genug, um auch noch den Hilfsförster aufnehmen zu können; man würde damit ein beträchtliches sparen. Oberförster Lüpkes: Förster Würzburg habe keine Räume übrig, er solle jetzt noch einen Raum zum Amtsgefängniß abgeben. Einen älteren und jüngeren Beamten in einem Dienstgebäude unterzubringen, würde mit Unzuträglichkeiten verbunden sein. Es gehe auch nicht so ohne weiteres an, dem Förster Würzburg seine Wohnräume zu beschränken. An der Pacht des zum Hilfsförsteretablissement gehörigen Landes in Höhe von 260 Mk. sei der Ausfall nicht so groß; 20 Morgen würden wieder zur Verpachtung kommen und da der Wohnungsgeldzuschuß von 75 Mk. an Mollenhauer nicht zu geben sein würde, wäre die alte Pacht annähernd gedeckt. Stv. Kordes: Ein Ausfall wäre immerhin vorhanden. Die beiden Diensthäuser lägen nur 1000 Meter voneinander entfernt, da könnten beide Beamte auch gerade so gut zusammenwohnen. Erster Bürgermeister Dr. Kersten: Dieser Vorschlag sei ganz unannehmbar. Es sei zuzugeben, daß das Försterdiensthaus seinerzeit etwas luxuriös gebaut worden, aber Förster Würzburg bewohne es nun seit 12 Jahren und könne darin jetzt nicht mit einem Male beschränkt werden. Er ist mit dieser Dienstwohnung angestellt worden und andere Abmachungen ließen sich nur treffen, wenn ein neuer Förster das Gebäude beziehe. Wenn die Olleker Försterei auch groß sei, so reiche sie doch für zwei Beamte nicht aus. Für den Waldschutz empfehle es sich, daß das Etablissement im Walde wieder bezogen werde. Dem Magistratsantrage stimmt die Versammlung zu. — 10. Grenzverhandlungen über das fiskalische Eigenthum am Winterhafen und an der Scharker Kämpe. Noch zurzeit des früheren Oberbürgermeisters Bender ist die Grenze von der Strombauverwaltung neu aufgenommen worden. Es handelt sich um die formelle Anerkennung der neuen Grenzaufnahme, die magistratsseitig nochmals geprüft worden ist. Die Versammlung ertheilt ihre Genehmigung. — 11. Bau einer Brücke über die Strugei von Seiten des Pionier-Bataillons Nr. 17. Zu Uebungszwecken will das Pionier-Bataillon im Forstrevier Ollek über die Strugei eine Brücke bauen an einer Stelle, wo sich kein öffentlicher Weg befindet, damit der Stadt nicht die Unterhaltung zu übernehmen braucht. Der Forstverwaltung ist der Brückenbau sehr angenehm, da die Strugei, welche zwei Forstreviere trennt, im Frühjahr unpassirbar ist. Die Fortifikation baut die Brücke ganz auf ihre Kosten, nur das Holz liefert die Stadt. Dafür geht die Brücke, nachdem sie den Uebungszwecken gedient hat, ganz in das Eigenthum der Stadt über. Die Versammlung spricht ihre Zustimmung aus. — 12. Festsetzung des Wittwen- und Waisengeldes für Wittwe Hardt. Die Wittwenpension beträgt 565 Mk., dazu 112 Mk. Waisengeld für einen noch unerwachsenen Sohn, das aber nur bis zum 1. April d. Js. gezahlt wird. Außerdem soll der Wittwe die persönliche Zulage von 90 Mk., welche Förster Hardt gehabt, unverkürzt bleiben. Die Versammlung genehmigt diese Festsetzung. — 13. Von den Betriebsberichten der städtischen Gasanstalt für die Monate Oktober und November 1901 wird Kenntniß genommen. Der Ausschuß stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob mit Rücksicht auf die zurückgegangenen Kohlenpreise nicht die Kokspreise herabzusetzen seien. Stv. Plehwe: Die Gasdeputation habe inzwischen die Kokspreisermäßigung beschlossen, denn laut Inserat sei der Preis für Koks nach auswärts ermäßigt. Stv. Hellmoldt: Eine Preisermäßigung liege noch nicht vor, sondern es sei nur inserirt, daß der Koks jetzt an auswärtige zu demselben Preise wie an hiesige verkauft werde, während bisher der Beschluß in Kraft war, daß Koks nach außerhalb nicht verkauft werden dürfe. Stadtrath Dietrich, Dezernent der Gasanstaltsverwaltung: Bisher galt für den Verkauf von Koks nach auswärts nicht nur ein höherer Preis, sondern der Verkauf nach auswärts war sogar verboten, weil für die hiesigen Koksverbraucher gesorgt werden sollte. Jetzt hat sich nun infolge des unerwartet milden Winters ein großer Koksvorrath angehäuft und da hat die Gasanstalt den Verkauf von Koks nach auswärts wieder aufgenommen und die Preise dafür herabgesetzt. Da die Lagerräume der Gasanstalt beschränkt seien, wird später eine weitere Preisermäßigung für die Stadt eintreten. Erster Bürgermeister Dr. Kersten: Er bitte bezüglich des Kokspreises Magistrat und Gasdeputation nicht zu binden. In allen Sitzungen haben wir uns mit der Preisfrage beschäftigt, sodaß wir sie immer im Auge haben. Eine Noth an Heizmaterial ist jetzt aber nicht vorhanden, da der Winter zu Ende geht. Wenn auch im Sommer der Koksvorrath nicht abgesetzt werden sollte, wird dann eine Preisherabsetzung erfolgen. Gegenüber anderen Städten haben wir die Preise frühzeitig herabgesetzt. Wir sind mit der Preisermäßigung vorangegangen, als ein strenger Winter einzutreten schien. Jetzt wird wenig Koks gebraucht und ein Bedürfniß für eine neue Preisherabsetzung ist nicht da. Der Ausschußantrag wird abgelehnt. — 14. Entwurf einer neuen Baupolizei-Verordnung für Thorn. Die Baudeputation hat unter Zuziehung der Polizeiverwaltung und der freien Baugewerks-Innung, deren Vorschläge mitberücksichtigt wurden, eine neue Baupolizei-Verordnung entworfen und der Magistrat hat dem Entwurf zugestimmt. Der Ausschuß beantragt Kenntniß zu nehmen davon, daß eine neue Baupolizei-Verordnung herauskommt. Referent stellt zur Frage, ob er Theile aus der umfangreichen Vorlage zur Verlesung bringen solle, oder ob es genüge, die Verordnung zur Einsichtnahme für interessirte Stadtverordnete auf dem Tisch auszulegen. Stv. Aronsohn: Eine Verlesung würde zu lange aufhalten, aber andererseits könne man doch nicht Kenntnißnahme beschließen, wenn man eigentlich keine Kenntniß genommen habe. Er beantrage Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung, damit die Vorlage unter den Stadtverordneten zirkuliren könne. Erster Bürgermeister Dr. Kersten: Die Baupolizeiverordnung ist von Herrn Stadtbaurath Colley entworfen und die Baudeputation hat darüber in langen Sitzungen berathen. Auch die Bauinnung hat sich wochenlang damit beschäftigt, worauf eine neue Berathung durch die Baudeputation folgte, bei der die Vorschläge der Bauinnung zumtheil angenommen, zumtheil abgelehnt wurden. Auch vom Magistrat wurden noch einige Abänderungen gemacht. An einer eingehenden und sorgfältigen Berathung der nach den Verordnungen von Berlin und Danzig aufgestellten Baupolizeiverordnung hat es also nicht gefehlt. Wenn nun die Vorlage noch unter den Stadtverordneten zirkuliren sollte, so könnte das vielleicht drei Monate dauern und zur Einzelberathung im Plenum würde die Versammlung sich drei Tage in Permanenz erklären müssen. Aus einer solchen Einzelberathung würde aber auch nichts weiter mehr herauskommen. Der Vorschlag des Stv. Aronsohn würde nur den Effekt haben, die Herausgabe der neuen Baupolizeiverordnung unnöthig zu verzögern. Um seine formalen Bedenken zu beseitigen, könnte man beschließen, daß man Kenntniß „von dem bevorstehenden Erlaß einer neuen Baupolizeiverordnung" nehme, wie er das im Ausschuß bereits vorgeschlagen. Verpflichtet sei der Magistrat übrigens nicht, die neue Verordnung der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen, er thue es aber, weil es sich um eine wichtige Sache handle und weil vielleicht der eine oder andere Stadtverordnete den Wunsch haben könnte, die Vorlage einzusehen. Stv. Aronsohn: Dann nehme er den Antrag auf, daß man Kenntniß „von dem bevorstehenden Erlaß einer neuen Baupolizeiverordnung" nehme. Referent Stv. Hensel: Er stelle fest, daß der Antrag des Ausschusses bereits diesen Wortlaut habe. (Heiterkeit.) Die Versammlung beschließt die Kenntnißnahme in dieser Form. — 15. Die Vertragsverlängerung über Gestellung von Gespannen zur Bespannung der Sinkkasten und Wasserwagen wird auf drei Jahre mit dem Fuhrunternehmer Gude zu den bisherigen Bedingungen genehmigt. — Es folgte die Berathung der Vorlagen des Finanzausschusses; Referent Stv. Adolph. 1. Rechnung der Stadtschulenkasse für das Rechnungsjahr 1900. Der Vorschuß ist von 8000 Mk. im Vorjahre auf 7200 Mk. herabgegangen. Die Einnahme aus Schulgeld ist nämlich im allgemeinen höher, bei der höheren Mädchenschule um 1500 Mk.; nur bei der Knaben-Mittelschule ist das Schulgeld um 200 Mk. geringer. Die Versammlung ertheilt der Rechnung unter Genehmigung der vorgekommenen Etatsüberschreitungen Entlastung. — 2. Vermögensübersicht der städtischen Feuersozietät für das Jahr 1901. Der Abschluß für 1901 ist nicht so günstig, wie die letzten Jahre, da sich das Vermögen nicht vermehrt, sondern um 1900 Mk. vermindert hat, nämlich von 1574000 auf 1572100 Mk. Es hat dies seinen Grund in dem Kursrückgang der Papiere. Eingenommen wurden an Prämien 11500 Mk., ausgegeben an Brandschadenvergütungen 14400 Mk. und an Kosten für Rückversicherung 10800 Mk. An die Wasserleitung und Kanalisation wurden 59000 Mk. Zuschüsse geleistet. Von der Vermögensübersicht wurde Kenntniß genommen. — 3. Bei Titel 7 Position 4 des Etats der Stadtschulenkasse (1. Gemeindeschule) wurden 63 Mk. für Beleuchtung der Schule nachbewilligt. — 4. Von der Nachweisung der geleisteten Ausgaben und der noch verfügbar bleibenden Mittel bei der Stadtschulenkasse pro Etatsjahr 1901 wird Kenntniß genommen, ebenso 5. von dem Protokoll über die Revision der städt. Kassen am 29. Januar 1902. — 6. Umzugskosten für den Kalkulator Rautz. Herr Rautz, der vor zwei Jahren von Rastenburg hierherzog, hat die Umzugskosten, die er mit 118 Mk. liquidirte, nachträglich auf 200 Mk. erhöht und den Mehrbetrag bereits vorschußweise aufgenommen. Er bittet nun, die ganze Summe zu bewilligen. Der Magistrat beantragt, zur Vermeidung einer prinzipiellen Festlegung das Mehr nicht nachzubewilligen, aber den erhobenen Mehrbetrag niederzuschlagen. Die Versammlung stimmt dem zu. — 7. Schließlich wird noch Kenntniß genommen von der Nachweisung der bei der Wasserleitungs- und Kanalisationskasse vorgekommenen bezw. zu erwartenden Etatsüberschreitungen im Rechnungsjahre 1901, sowie von der Nachweisung über Ausgaben und noch verfügbare Mittel bei der Kinderheim- und Waisenhauskasse pro 1. April 1901/02. — Damit war die Tagesordnung für die öffentliche Sitzung erledigt. Schluß 4¼ Uhr. An die öffentliche schloß sich noch eine geheime Sitzung, für welche die Anlegung eines Schützengrabens seitens der Fortifikation anstand.

— (Fortbildungsschulen.) Bis vor einigen Jahren wurden die Lehrlinge der Gärtner durchweg zum Besuch der Fortbildungsschulen herangezogen; dann wurde entschieden, daß die Gärtnerei nicht zu den Gewerben, sondern zum landwirthschaftlichen Betriebe gehöre, die Lehrlinge also zum Besuch der gewerblichen Fortbildungsschulen nicht verpflichtet seien. Neuerdings hat der Minister verfügt, daß diese Bestimmung sich nur auf solche Gärtnereien beziehe, die die Pflanzen selbst ziehen; beschäftigt man sich nur mit Kranzbinden, Verkauf von Blumen, Sträußen u. s. w., so liegt offenbar ein Gewerbe vor, und sind die Lehrlinge solcher Geschäfte zum Schulbesuche verpflichtet.

— (Schaukästen mit photographischen Porträts), welche nur dem Publikum die künstlerische Leistung vor Augen führen sollen, brauchen, nach einer Entscheidung des Strafsenats des Kammergerichts, an Sonn- und Festtagen nicht verhängt zu werden, weil diese Bilder nicht als Waaren anzusehen sind. Unter Waaren werden nur solche Gegenstände verstanden, welche als solche zum Verkauf bestimmt sind.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Jalta, 12. Februar. Die ganze Familie des Grafen Tolstoi ist hier versammelt, die Kräfte des Kranken nehmen fortdauernd ab.

Mannigfaltiges.

(Zwei Schutzleute) wurden, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, in der Montagnacht in dem Stadttheil Mörsenbroich von einer Anzahl Personen überfallen; ein Schutzmann erhielt einen schweren Messerstich, worauf er von dem Revolver Gebrauch machte und eine Person niederschoß. Dieselbe wurde schwer verwundet ins Krankenhaus geschafft. — Bei der Verhaftung des Maurers Gaertler in Nürnberg, welcher am Montag seine Geliebte durch Messerstiche verletzt hatte, wurde derselbe, nachdem er mehrere Schüsse auf die Schutzleute abgegeben hatte, ohne zu treffen, durch einen Säbelhieb über den Kopf schwer verwundet.

(Beim Schlittschuhlaufen) sind auf dem Mühlenteich zu Sonderburg der 16jährige Sohn des Kaufmanns Karberg und der 14jährige Sohn eines Arbeiters eingebrochen und ertrunken.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Wartmann in Thorn.

Amtliche Notirungen der Danziger Produkten-Börse

vom Mittwoch den 12. Februar 1902.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer dem notirten Preise 2 Mark per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen per Tonne von 1000 Kilogr.
inländ. hochbunt und weiß 772 Gr. 180 Mk.
transito bunt 761 Gr. 135 Mk.
Roggen per Tonne von 1000 Kilogr. per 714 Gr. Normalgewicht
transito grobkörnig 724—723 Gr. 104—106 Mk.
Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. große 644—721 Gr. 126—134 Mk.
Erbsen per von 1000 Tonne Kilogr. inländ. weiße 160 Mk.
Bohnen per Tonne von 1000 Kilogr. transito Pferde- 128—130 Mk.
Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 148—156 Mk.
Kleesaat per 100 Kilogr. weiß 124—184 Mk. roth 94 Mk.
Kleie per 50 Kilogr. Weizen- 4,15—4,55 Mk. Roggen- 4,40—4,57½ Mk.
Rohzucker per 50 Kilogramm. Tendenz: ruhig. Rendement 88° Transitpreis franko Neufahrwasser 6,50 Mk. inkl. Sack Geld. — Rendement 75° Transitpreis franko Neufahrwasser 4,90 Mk. inkl. Sack bez.

Hamburg, 12. Februar. Rüböl ruhig, loko 57½. — Kaffee ruhig. Umsatz 1500 Sack. — Petroleum stetig. Standard white loko 6,70. — Wetter: bedeckt.

14. Februar:	Sonn.-Aufgang	7.28 Uhr.
	Sonn.-Unterg.	5.13 Uhr.
	Mond-Aufgang	9.41 Uhr.
	Mond-Unterg.	—.— Uhr.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.